

Ausschuss für Kultur und Medien

Wortprotokoll

33. Sitzung - öffentlich

Berlin, 31. März 2004, 15:30 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal E.300

Vorsitz: Abg. Monika Griefahn, MdB

TAGESORDNUNG:

Tagesordnungspunkt 1 **S. 5**

Gespräch über die Arbeit der Mittlerorganisationen mit

- Frau Prof. Dr. Jutta Limbach, Präsidentin des Goethe-Instituts
- Herrn Dr. Andreas Schlüter, Generalsekretär des Goethe-Instituts
- Herrn Dr. Georg Schütte, Generalsekretär der Alexander von Humboldt-Stiftung
- Herrn Prof. Dr. Max Huber, Vizepräsident des Deutschen Akademischen Austauschdienstes
- Herrn Dr. Christian Bode, Generalsekretär des Deutschen Akademischen Austauschdienstes
- Herrn Alois Graf von Waldburg-Zeil, Präsident des Instituts für Auslandsbeziehungen
- Herrn Dr. Kurt-Jürgen Maaß, Generalsekretär des Instituts für Auslandsbeziehungen
- Herrn Prof. Dr. Dr. Hermann Parzinger, Präsident des Deutschen Archäologischen Instituts

Tagesordnungspunkt 2 a **S. 35**

Antrag der Abgeordneten Monika Griefahn, Eckhardt Barthel (Berlin), Siegmund Ehrmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Dr. Antje Vollmer, Claudia Roth (Augsburg), Ursula Sowa, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Auswärtige Kulturpolitik stärken
BT-Drucksache 15/2659

Tagesordnungspunkt 2 b **S. 35**

Antrag der Abgeordneten Günter Nooke, Dr. Friedbert Pflüger, Bernd Neumann (Bremen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik stärken
BT-Drucksache 15/2647

Tagesordnungspunkt 2 c **S. 35**

Unterrichtung durch die Bundesregierung
Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2002
BT-Drucksache 15/2258

Tagesordnungspunkt 2 d

S. 36

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2001

BT-Drucksache 14/9760

Anwesenheitsliste*

Mitglieder des Ausschusses

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses

Stellv. Mitglieder des Ausschusses

SPD

Barthel, Eckhardt
Ehrmann, Siegmund
Griefahn, Monika
Krüger-Leißner, Angelika
Kubatschka, Horst
Tauss, Jörg

CDU/CSU

Lengsfeld, Vera
Nooke, Günter
Ronsöhr, Heinrich-Wilhelm
Steinbach, Erika

Krings, Dr. Günter

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Roth, Claudia

Sowa, Ursula

FDP

Otto, Hans-Joachim

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Ministerien

Daerr
Breuer-Glein
Bias-Engels
Bartmann
von Halem

AA
AA
BKM
BKM
AA

Bundesrat

Forst
Dietzen
Harbich
Kalusche
Suermann
Kaschkowski

LV Sachsen-Anhalt
LV Thüringen
LV Bayern
LV Sachsen
LV Hessen

Fraktionen und Gruppen

Wemmel
Olschanski
Freiesleben
Levy
Gehrke
Drechsler
Becker-Schwering
Frucht
Deja

CDU/CSU
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
SPD
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
CDU/CSU
SPD
FDP
CDU/CSU
SPD

Tagesordnungspunkt 1

Gespräch über die Arbeit der Mittlerorganisationen mit

- Frau Prof. Dr. Jutta Limbach, Präsidentin des Goethe-Instituts
- Herrn Dr. Andreas Schlüter, Generalsekretär des Goethe-Instituts
- Herrn Dr. Georg Schütte, Generalsekretär der Alexander von Humboldt-Stiftung
- Herrn Prof. Dr. Max Huber, Vizepräsident des Deutschen Akademischen Austauschdienstes
- Herrn Dr. Christian Bode, Generalsekretär des Deutschen Akademischen Austauschdienstes
- Herrn Alois Graf von Waldburg-Zeil, Präsident des Instituts für Auslandsbeziehungen
- Herrn Dr. Kurt-Jürgen Maaß, Generalsekretär des Instituts für Auslandsbeziehungen
- Herrn Prof. Dr. Dr. Hermann Parzinger, Präsident des Deutschen Archäologischen Instituts

Vorsitzende: Ich möchte Sie ganz herzlich zu dieser öffentlichen Sitzung begrüßen. Ganz besonders möchte ich heute Frau Prof. Dr. Limbach begrüßen, weil sie gerade einen runden Geburtstag hatte. Deshalb möchten wir Ihnen als der zuständige Ausschuss dazu auch noch einen Blumenstrauss überreichen. An dieser Stelle begrüße ich auch Herrn Dr. Schlüter als neuen Generalsekretär des Goethe-Instituts, der in dieser Runde noch nicht aufgetreten ist. Alle anderen Herren waren - wenn auch, wie Herr Dr. Schütte, in anderer Funktion - schon hier. Herr Prof. Dr. Dr. Parzinger, der auch noch nicht hier war, darf ich ebenfalls ganz besonders begrüßen. Nachdem Außenminister Fischer uns letzte Woche und vor drei Wochen einen Überblick zur Auswärtigen Kulturpolitik gegeben hat, wollen wir uns heute über die tatsächliche Umsetzung, wie sie vor Ort in den Mittlerorganisationen läuft, informieren und von Ihnen hören, was die neue Ausrichtung der AKP 2000, die „Zweibahnstraße“, in Ihrer Arbeit verändert hat und wie Ihre Pläne aussehen. Wir freuen uns natürlich auch gleichermaßen, dass wir heute nicht unter dem Damoklesschwert von Koch-Steinbrück sitzen, sondern dass wir dies vor unserem Treffen geregelt haben. Natürlich müssen wir die allgemeinen Kürzungen für 2004, die alle ertragen müssen, umsetzen. Aber wir bemühen uns immer wieder - Sie wissen auch, dass wir dabei schon teilweise erfolgreich waren -, etwas für die Auswärtige Kulturpolitik zu erreichen. Das Wichtige wird jetzt sicherlich sein, in den nächsten beiden Monaten und dann auch im Haushaltsaufstellungsverfahren für 2005 die ganze Verfahrensweise in Frage zu stellen und zu ändern. Das wird sicher ein etwas komplizierteres Verfahren. Da wir uns in einer öffentlichen Sitzung befinden, will ich ganz deutlich sagen, dass es sich um ein Ergebnis des Vermittlungsausschusses handelt, also nicht etwas, das man politisch einfach wegstreichen kann. Dafür muss man sicherlich eine größere Anstrengung unternehmen. Ich denke aber - Frau Limbach und Herr Schlüter haben das schon heute morgen im Auswärtigen Ausschuss gehört -, dass auch der Kulturausschuss einhellig der Meinung ist, dass wir das ändern wollen. Das ist etwas, das wir sicherlich in den nächsten Monaten mit gemeinsamer Anstrengung aufnehmen müssen. Sie wissen, dass heute verschiedene Anträge mit beraten werden, die sicherlich in die ganze Debatte mit einfließen werden, die zum Beispiel zum Ziel haben, die Budgetierung schneller voranzubringen. Das ist vielleicht jetzt, wenn man wenig Geld hat, auch die Chance, dieses noch einmal zu forcieren. Insofern sind wir jetzt, nachdem der Außenminister über die Auswärtige Kulturpolitik berichtet hat, sehr gespannt zu erfahren, wie Ihre konkreten Arbeitspläne aussehen und welche Perspektiven Sie haben. Frau Limbach, ich würde Sie ganz herzlich bitten, anzufangen und den beeindruckenden Vortrag, den Sie heute morgen im Auswärtigen Ausschuss gehalten haben, zu ergänzen. Denn für uns Kulturpolitiker im für die Auswärtige Kulturpolitik zuständigen Ausschuss ist neben der politischen Perspektive auch die Umsetzungsfrage interessant.

Prof. Dr. Jutta Limbach (Präsidentin des Goethe-Instituts): Ich darf zunächst einmal - das gestatten mir sicherlich alle meine anwesenden Kollegen - in unser aller Namen den Mitgliedern dieses Ausschusses sehr herzlich dafür danken, dass sie uns für das Jahr 2004 vor dem Koch-Steinbrück-Papier bewahrt haben. Bei dem Versuch klarzumachen, dass man den Begriff der Kultur schlecht unter den der Subventionen subsumieren kann, haben wir bei Ihnen sicherlich offene Türen einrennen können. Wir haben uns über die Bundestagsdebatte am Freitag sehr gefreut und hoffen, dass dieses Feuer mit unser aller Hilfe anhält. Es ist klar, dass wir, wie auch alle anderen öffentlichen Institutionen, mit den allgemeinen Kürzungen zu rechnen und diese zu ertragen haben. Zunächst einmal zu unserer inhaltlichen Arbeit: Selbstverständlich haben wir unter dem Eindruck der leeren öffentlichen Kassen auch in unseren eigenen Institutionen darüber nachgedacht, wie wir unsere Arbeit nicht nur noch effektiver, sondern auch ökonomischer gestalten können. Ich würde mich freuen, Frau Vorsitzende, wenn Sie dem neuen Generalsekretär des Goethe-Instituts die Gelegenheit geben würden, darzustellen, wie wir das in den Debatten über die künftige Strategie des Goethe-Instituts im Einzelnen umsetzen wollen. Ich kann nur sagen, dass unser aller Aufgabe nach wie vor darin besteht, nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland, sondern für die Staatsform, in der wir leben und von der wir meinen, dass Sie am friedensträchtigen ist, nämlich die Demokratie, einzutreten und mit den unterschiedlichsten kulturellen Mitteln für sie zu werben. Natürlich stellen wir uns nach wie vor als das Volk der Dichter und Denker dar; nicht nur, was die Klassik, sondern auch was die Gegenwart angeht. Aber ein Schwerpunkt liegt gegenwärtig, ob Sie nach Südamerika, nach Europa oder in die arabische Welt schauen, tatsächlich in dem Einsatz, ich denke auch der anderen Institutionen, für Demokratie, für Rechtsstaatlichkeit, für Menschenrechte auf die unterschiedlichste Art und Weise. Eine große Rolle spielt im Goethe-Institut im engeren europäischen Raum auch der Prozess der europäischen Verfassungsgebung. Das ist ein Prozess, meine Damen und Herren, den wir nicht solitär in Goethe-Instituten mit diskutieren, sondern den wir in Zusammenarbeit mit anderen auswärtigen Kulturinstitutionen wie dem British Council, dem Institut Français und dem Instituto Cervantes führen, so dass wir in Europa, aber nicht allein in Europa, sondern beispielsweise auch in Asien, in Hongkong und Tokio, wo dieses Thema auch immer wieder begehrt ist, deutlich machen, dass es so etwas wie kulturelle Vielfalt in einer zusammenwachsenden politischen Gemeinschaft geben kann.

Unser Themenspektrum ist weit. Vielleicht darf ich aus meiner eigenen konkreten Mitarbeit deutlich machen, wie die Facetten des Goethe-Instituts in der inhaltlichen Arbeit gestaltet sind. In Südamerika habe ich beispielsweise zusammen mit Franzosen und Spaniern über Themen wie Vergangenheitspolitik und den Übergang von der Diktatur zur Demokratie diskutiert. Das sind nicht nur Themen der Transformationsgesellschaften in Osteuropa, das sind Themen, die erstaunlicherweise auch in anderen Teilen dieser Welt die gleiche Aufmerksamkeit finden. Wir alle erleben ja mehr aus der Zeitung als vor Ort den radioaktiven Zerfall von Staatlichkeit in einigen der südamerikanischen Staaten. Da ist diese Frage, die immer wieder an uns Europäer gerichtet wird: „Wie ist es Euch eigentlich möglich gewesen, den Wandel zu stabilen Demokratien zu vollziehen?“ Eine Frage, die stark im Mittelpunkt der Diskussion steht. Das Goethe-Institut - und nicht nur diese Institution - war in der Vergangenheit immer wieder stolz darauf, auch Hort, beinahe Zufluchtsort für oppositionelle Intellektuelle zu sein, die dort Literatur aufnehmen konnten, die ihnen sonst nicht zur Verfügung stand. Ich habe auf meiner Nordamerika-Reise erlebt, dass plötzlich auch in den Goethe-Instituten in Boston, New York und Wa-

shington im Rahmen der transatlantischen Irritationen mit amerikanischen Vertretern über den Internationalen Strafgerichtshof, über die Verhütung von Terrorismus oder über das Verhältnis von kollektiver Sicherheit und individueller Freiheit diskutiert wurde. Das Goethe-Institut scheint ein Kristallisationspunkt zu sein, der es ermöglicht, über Standpunkte zu sprechen, über die man nach dem 11. September nur schwer offen diskutieren konnte. Sie sehen also, das kann sich wandeln. Wir haben natürlich auch noch in anderen Gegenden, die uns vertrauter sind, solche Aufgaben. Unser Institut in Minsk besteht weiterhin, macht uns aber nach wie vor besondere Schwierigkeiten. Sie wissen, dass Michailow, der Präsident der Europäisch-Humanistischen Universität, die Goethe-Medaille bekommen hat, weil wir auf diese Art und Weise jemanden, der in einem schwierigen politischen Umfeld tätig ist, unterstützen wollten. Ich sollte Schluss machen, damit noch Zeit für Herrn Schlüter, den neuen Generalsekretär des Instituts, verbleibt.

Dr. Andreas Schlüter (Generalsekretär des Goethe-Instituts): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren Abgeordnete. Sie haben gefragt, was denn neu an der inhaltlichen Aufgabenerfüllung durch die Goethe-Institute ist. Darauf werde ich mich konzentrieren, ich werde nicht die Institution beschreiben, sondern versuchen, das herauszuarbeiten, was für uns neu ist oder neu sein wird. Dabei konzentriere ich mich auf drei Punkte. Zunächst auf neue Vermittlungs- und Präsenzformen, zum Zweiten auf neue Formen der Kooperation und zum Dritten auf neue Formen der finanziellen Steuerung. Lassen Sie mich mit den neuen Präsenz- und Vermittlungsformen beginnen. Die klassische Struktur des Goethe-Instituts entspricht einer Aufteilung in Einzelinstitute, von denen wir zurzeit weltweit 126 in 71 Ländern haben. Unsere neue Strategie der flächendeckenden Präsenz geht dahin, weniger Vollinstitute zu gründen, sondern viele kleine Anlaufpunkte zu organisieren, an denen Goethe und die deutsche Kultur wahrnehmbar werden. In Russland gibt es beispielsweise mittlerweile über 70 einzelne Anlaufpunkte in Form von Lesesälen, Sprachzentren und Informationspunkten, in denen die Goethe-Inhalte zur Verfügung gestellt werden und die Menschen unsere Arbeit kennenlernen können. Diese neue Form der Präsenz, die Organisation vieler kleiner Anlaufpunkte, machen wir im Wesentlichen aus zwei Gründen. Zum einen versuchen wir mit diesen neuen Formen der Präsenz vor allen Dingen junge Menschen anzusprechen. Die Anlaufpunkte sind Treffpunkte, an denen sich junge Leute austauschen können und zum ersten Mal mit einer für sie neuen unbekanntem Kultur in Kontakt kommen. Das ergänzt die Präsenz in den Zentren in der Fläche - wir schaffen damit eine ganz neue Form des Dialogs mit den Jugendlichen. Das ist der zweite Aspekt. Wir wollen von der Einbahnstraße, also von der Präsentation von Inhalten, zum Dialog kommen. Gerade in diesen kleinen Unterzentren findet der Dialog statt. Um Ihnen ein Beispiel für die Kosten zu geben: Das gesamte flächendeckende Netz in Russland mit 71 Kontaktpunkten kostet deutlich weniger als das eine große Institut in Paris. Damit erreichen wir eine wesentlich größere Wahrnehmbarkeit und ein wesentliches Mehr an Diskussionen. Bei der Vermittlung erwähne ich nur ganz kurz das Internet, ohne das weiter auszuführen. Das Internet wollen wir verstärkt im Dialog mit den Jugendlichen dieser Welt und insbesondere im Dialog mit den Jugendlichen im Islam einsetzen.

Das zweite große Thema ist das Herausarbeiten neuer Kooperationsformen. Wir arbeiten verstärkt mit anderen Mittlerorganisationen zusammen. Wir haben beispielsweise gemeinsame Räumlichkeiten mit dem British Council, dem Institut Français und dem Instituto Cervantes. Demnächst werden wir in

Kaliningrad zum ersten Mal gemeinsam mit dem British Council und dem Nordischen Rat, dem Zusammenschluss der skandinavischen Kultur- und Mittlerorganisationen, ein Gebäude beziehen, in dem wir dann hoffentlich mit EU-Mitteln einen gemeinsamen Programmauftritt organisieren können. Wir erarbeiten also neue Kooperationsformen in Zusammenarbeit mit den anderen Mittlern und auch mit den anderen Akteuren der Zivilgesellschaft in Deutschland. Auch da nur zwei Beispiele: Wir planen, mit der Hertie-Stiftung und der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ einen Dialog unter Jugendlichen in Mittel- und Osteuropa zu organisieren, bei dem es im Wesentlichen um die Vergangenheitsthematik geht. Ein zweites Thema, das wir mit der Robert Bosch Stiftung intensiv vorantreiben werden, ist die Gründung kleiner Kulturzentren in der islamischen Welt, also im Mittelmeerraum, in Nordafrika - das wird von der Robert Bosch Stiftung finanziert. Parallel dazu wollen wir ein anderes Projekt mit der Robert Bosch Stiftung machen: Wir übersetzen Kinder- und Jugendliteratur in die unterschiedlichen arabischen Sprachen, um so einen Zugang für arabische Kinder zu einer für sie ganz neuen Welt zu schaffen. Das können wir nicht mit den Mitteln des Auswärtigen Amtes. Dafür brauchen wir in der Tat Geldgeber; die versuchen wir uns zu erschließen, indem wir mit großen Stiftungen oder anderen Akteuren der Zivilgesellschaft reden.

Damit komme ich zum dritten und letzten Thema. Das sind neue Formen der finanziellen Steuerung. Alle diese Vorhaben des flexiblen Einsatzes unserer Mittel durch die Gründung von flächendeckenden Netzen in vielen unterschiedlichen Punkten können wir nur dann erreichen, wenn wir die Möglichkeit haben, finanziell schnell und flexibel zu reagieren. Dafür brauchen wir andere Methoden als die der klassischen Kameralistik. Wir sind dabei, das in einem Modellland, in Italien, zu testen. Wir sind dabei, die internen Strukturen und Abläufe so zu organisieren, dass wir spätestens ab 2006 in der Lage sein werden, den Übergang zur Selbstbewirtschaftung zu schaffen, also zu einer neuen Form der Budgetierung, die wir dann aber auch wirklich brauchen, um in der Lage zu sein, flexibel auf veränderte Strömungen und unterschiedliche Anforderungen zu reagieren. Noch einmal zusammengefasst: Neue Vermittlungsformen, neue Präsenzformen, neue Kooperationsformen und neue Formen der finanziellen Steuerung sind die Themen, die uns in den nächsten Monaten beschäftigen werden.

Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Schlüter. Ich sehe, Sie haben viel vor, aber das ist auch gut so. Neue Besen kehren bekanntlich gut. Da muss es dann auch sein, dass der frische Schwung mit einem neuen Generalsekretär die ganze Dynamik aufgreift. Herr Frühwald, der Präsident der Alexander von Humboldt-Stiftung, hat sich entschuldigt, aber ich begrüße ganz herzlich Herrn Schütte als neuen Generalsekretär der Alexander von Humboldt-Stiftung, der uns sicherlich von den kommenden Aufgaben der Stiftung berichten wird. Bitte schön, Herr Schütte.

Dr. Georg Schütte (Generalsekretär der Alexander von Humboldt-Stiftung): Frau Griefahn, meine Damen und Herren, vielen Dank. Als erstes darf ich mich auch im Namen von Herrn Frühwald dem Dank von Frau Limbach aus vollem Herzen anschließen; diese Unterstützung war wichtig. Die Sorge bleibt, dass das Damoklesschwert der Koch-Steinbrück-Liste in den kommenden Jahren noch über uns schwebt. Die Sorge ist real und treibt uns um, weil wir natürlich auch schon in den vergangenen Jahren unter linearen Kürzungen gelitten haben und unsere Arbeit anpassen mussten. Was für uns als eine Stiftung bleibt, die wissenschaftliche Eliten fördert, ist, dass dieses Geschäft personalintensiv

ist. Wir haben das Vertrauen in der Welt unter anderem dadurch aufgebaut und gewonnen, dass wir uns sehr persönlich um diejenigen gekümmert haben und auch weiterhin kümmern werden, die wir in Deutschland fördern. Die Förderung von Spitzenwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern ist eben kein Massengeschäft. Nichtsdestotrotz befürworte ich eindeutig die Forderung nach neuen Steuerungsmethoden. Wie viel da neu ist, das können wir später diskutieren. Ich halte es aber grundsätzlich für richtig, dass wir uns Freiräume erhalten, dass wir auch unter widrigen finanziellen Bedingungen das Heft des Handelns in der Hand behalten. Es ist wichtig, diese Handlungsspielräume zu sichern. Den Weg, dafür die richtigen Instrumente und Methoden zu identifizieren und einzusetzen, werden wir auf alle Fälle auch weiterhin mitgehen. Die Zielvorgabe unserer Arbeit ist in der öffentlichen Diskussion der vergangenen Tage und Wochen noch einmal betont worden. Als rohstoffarmes Land ist Deutschland auf Innovationen in Wissenschaft, Technik und Wirtschaft angewiesen. Die Humboldt-Stiftung fördert wissenschaftliche Eliten und zwar sehr dezidiert mit einer kulturpolitischen Ausrichtung. Durch die Förderung wissenschaftlicher Eliten haben wir ein Netz von Partnern, Freunden und Mittlern für Deutschland aufgebaut. Um nicht nur abstrakt von der Stiftungsarbeit zu berichten, will ich Ihnen auch einmal einen Namen nennen: Die gerade neu ernannte Präsidentin des griechischen Parlamentes ist eine ehemalige Humboldt- und auch DAAD-Stipendiatin. Da sieht man, wie sich solche Förderungen und Förderzyklen ergänzen. Die Humboldt-Stiftung fördert Einzelpersonen, wir investieren nicht in Beton, nicht in Ziegel und auch nicht in Programme.

In den kommenden Jahren versuchen wir zwei große Prozesse zu begleiten und zu gestalten. Das ist einerseits die Herausforderung der Globalisierung und andererseits die Mitgestaltung des Prozesses der europäischen Einigung. Zu beiden möchte ich ein paar Anmerkungen machen. Zunächst zum Prozess der Globalisierung. Wissenschaft ist natürlich per se international, aber wir befinden uns heute in einer ganz neuen Phase der internationalen Konkurrenz. Deswegen ist die Initiative des Bundes und der Länder zur Förderung der Spitzenzentren in Forschung und Wissenschaft in Deutschland sehr wichtig. Wie können wir einen solchen Prozess begleiten? Erstens: Durch vorausschauende Förderung. Die Humboldt-Stiftung identifiziert wissenschaftliche Spitzenkräfte in Ländern, die unsere Partner von morgen sind. Auf den vorderen Plätzen unserer Förderung liegen derzeit China und Indien. Das sind Länder, die wissenschaftlich, aber auch politisch und wirtschaftlich in den kommenden Jahren und Jahrzehnten für Deutschland sehr relevant sein werden. Ein zweiter Aspekt: Wir bauen neue institutionelle Partnerschaften auf. Es ist auch ein Ziel für die Zukunft, solche neuen Partnerschaften zu verstärken. Wir kooperieren beispielsweise mit den Vereinigten Staaten von Amerika in verschiedenen Programmen mit Organisationen wie der National Academy of Science und der National Academy of Engineering, mit denen wir gemeinsam Symposien für Nachwuchskräfte in der Wissenschaft, die an führenden Fragestellungen arbeiten, organisieren. Kooperieren heißt hier auch kofinanzieren; wir teilen in der Tat die Kosten. Ein dritter Aspekt: Wir wollen Vielfalt sichern. Der wissenschaftliche Wettbewerb findet dort seine Grenzen, wo andere kulturelle und entwicklungspolitische Interessen Deutschlands berührt sind. Deswegen haben wir neben unseren Eliteförderungsprogrammen auch geschützte Räume für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Ländern, die in diesen Wettbewerben nicht mithalten können. Das Georg Forster-Programm ist ein Programm für Personen aus Entwicklungsländern, die gezielt gefördert werden, um zu einem Transfer von Methoden, wissenschaftlichen Erkenntnissen, Techniken und auch Technologien zu kommen. In unserer Nach-

kontaktarbeit stellen wir beispielsweise wissenschaftliches Gerät zur Verfügung, das in devisenschwachen Ländern zum Einsatz kommt. Es geht also auch um Produkte, die in Deutschland hergestellt werden, um Geräte, auch um Normen, die dann in diesen Ländern zum Einsatz kommen und Verbreitung finden. Ein vierter Punkt ist die gezielte Förderung von Stars. Als ungeschriebenes Gesetz der wissenschaftlichen Mobilität gilt zum einen, dass Spitzenkräfte Spitzenleute anziehen, und zum anderen, dass Spitzennachwuchs nur dann zu gewinnen ist, wenn man Unabhängigkeit gewährleisten und Verantwortung zuschreiben kann. Wir haben deswegen zwei Förderprogramme aufgelegt, die solche Leuchtturmprojekte in Deutschland fördern, die jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem Ausland in Deutschland die Chance geben, eigenverantwortlich Forschergruppen aufzubauen. Ganz am Rande bemerkt, es ist uns mit einem solchen Programm auch gelungen, Wissenschaftler für Deutschland zurückzugewinnen, die vor zehn und mehr Jahren unser Land verlassen haben, um in anderen Ländern ihre Karriere zu machen. Ein fünfter Aspekt: Wir wollen Selbstverantwortung stärken. Die Humboldt-Stiftung hat ein Netz von Ehemaligen in 140 Ländern der Welt. In 80 Ländern gibt es sogenannte Humboldt-Clubs. Wir wollen die Eigeninitiative dieser Clubs stärken und sie in die Verantwortung bringen. Ich habe beispielsweise unlängst mit dem Präsidenten des israelischen Humboldt-Clubs gesprochen. Der Club arbeitet im Moment daran, eine Tagung für den östlichen Mittelmeerraum zu organisieren, so dass junge Wissenschaftler über Ländergrenzen hinweg zu Themen der Wissenschaft ins Gespräch kommen, damit die nächste Generation der Forscher dort in den Dialog tritt. Ein weiterer Aspekt ist die Europäisierung. Die Humboldt-Stiftung baut ein Mobilitätszentrum auf, um Wissenschaftler in ganz Europa zu beraten, die daran interessiert sind, nach Deutschland zu kommen. Es ist richtig, dass wir über neue Steuerungsinstrumente diskutieren, wir sollten aber auch in eine Diskussion über die Inhalte der Auswärtigen Kulturpolitik, über die Ausgestaltung der Konzeption 2000 treten. Es ist eines unserer Ziele, dazu beizutragen, Deutschland als ein innovatives und weltoffenes Land in Europa darzustellen. Wie uns das gelingen kann, das müssen wir auch inhaltlich besprechen.

Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Schütte. In meiner Einleitung hatte ich ja darum gebeten, dass Sie Ihre Perspektive - wo Sie hin wollen, was Sie denken, was jetzt notwendig ist - darstellen. Wir wollen eben nicht nur über die Finanzen reden. Das ist zwar immer ein notwendiges Übel, in diesem Ausschuss interessieren aber besonders die Inhalte. Ich darf dann Herrn Huber, dem Vizepräsidenten des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, das Wort geben.

Prof. Dr. Max Huber (Vizepräsident des Deutschen Akademischen Austauschdienstes): Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, herzlichen Dank für die Einladung zu diesem Gespräch und für die Gelegenheit, mit Ihnen und gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen unsere Anliegen zu diskutieren. Zunächst möchte ich mich aber den Worten von Frau Limbach und Herrn Schütte anschließen und dem Ausschuss herzlich für seine Unterstützung in Sachen Koch-Steinbrück danken. Meine Damen und Herren, wir sind, Herr Schütte hat es gerade erwähnt, in der immer stärker globalisierten Welt mit quantitativ und damit auch qualitativ neuen Phänomenen konfrontiert. Da ist zunächst einmal der globale Hunger nach Bildung. Die Zahl der jungen Leute, die eine höhere, jetzt in unserem Beispiel akademische Bildung suchen, wächst dramatisch. Es gibt bereits heute den sogenannten

globalen Bildungsmarkt mit ungefähr zwei Millionen jungen Menschen, die ihre akademische Ausbildung außerhalb ihres Heimatlandes suchen. Nach seriösen Vorhersagen wird diese Zahl in den nächsten fünf Jahren von zwei auf drei Millionen um 50 Prozent steigen. In weiteren fünf Jahren werden es wahrscheinlich vier Millionen junge Menschen sein, die außerhalb ihres Heimatlandes studieren möchten. In Asien ist der Zuwachs an jungen Leuten, die außerhalb ihres Heimatlandes studieren wollen, besonders groß. Wenn Sie sich das am Beispiel China vergegenwärtigen, einem Land mit 1,3 Milliarden Menschen, mit einem Wirtschaftswachstum zwischen acht und zehn Prozent pro Jahr während der letzten 20 Jahre, wird deutlich, dass der Bedarf an qualifiziert ausgebildeten Ingenieuren, Ärzten, Rechtsanwälten, Hochschullehrern, Lehrern aller Art enorm anwächst. Solange diese doch weitgehend friedliche, auch ökonomische Entwicklung in großen Teilen dieser Welt - China, Indien und anderen großen Ländern - anhält, wird der Hunger nach Bildung stärker werden und darum das Bedürfnis, Bildung zu importieren - Sie erlauben mir diesen Ausdruck aus der Volkswirtschaft -, immer größer. Infolgedessen steigt die Nachfrage an die entwickelten Länder um Bildungsexport. Das ist die Situation, in der wir uns bereits seit den letzten Jahren befinden. Wir sehen voraus, dass diese Entwicklung in den nächsten Jahren zunehmen wird. Das stellt eine besondere Herausforderung an uns alle, eben auch an den DAAD, dar.

Wir konzentrieren uns zunächst einmal auf Studierende, auf Doktorandinnen und Doktoranden, auf Postdoktorandinnen und Postdoktoranden, auf junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, um sie einzuladen, in unserem Land zu arbeiten bzw. in unserem Land ihre akademische Qualifikation zu erwerben. Wir haben dafür das Instrument der Stipendien. Der DAAD ist in der Lage, etwa 52.000 Stipendien pro Jahr zu vergeben, davon etwa 37.000 an Ausländer. Wir verfügen dankenswerterweise über ein sehr effizientes Netzwerk von 14 Außenstellen, von 47 in den letzten Jahren eingerichteten sogenannten Informationszentren, von 450 Lektoren und einer Reihe von Kurz- und Langzeitdozenten. Mit diesem Netzwerk versuchen wir einerseits, die Aufmerksamkeit für den Studien- und Forschungsstandort Deutschland im Ausland zu wecken, zu stärken und auszubauen und andererseits auch ganz konkrete Informationen, die für einen ausländischen Interessierten notwendig sind, um in unserem Land zu studieren, zu vermitteln. Wir haben beispielsweise die Internetplattform „campusgermany.de“ errichtet, die pro Monat eine Million Mal angeklickt wird und eine außerordentlich effiziente Art der Unterstützung unserer tatsächlichen Vor-Ort-Arbeit darstellt. Sie wissen, dass die Arbeit des DAAD ebenso wie die unserer Nachbarorganisation im Schnittpunkt von Außenpolitik, Wirtschaftspolitik, Bildungs- und Wissenschaftspolitik und nicht zuletzt und insbesondere von Kulturpolitik steht. Dem entspricht auch die Verteilung unserer Finanzierung. Den Löwenanteil, fast 50 Prozent, bekommen wir nach wie vor vom Auswärtigen Amt, daneben erhalten wir natürlich vielfältige Unterstützungen über die diplomatischen Vertretungen in der Welt. Weitere wichtige Geldgeber sind das Bundesministerium für Bildung und Forschung, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und die EU. Wir werden von vielen uns auch etatmäßig wohlgesonnenen Institutionen getragen, wofür wir außerordentlich dankbar sind. Sie verstehen, dass wir eine Reihe von ordnungspolitischen Anliegen haben, auf die ich jetzt zunächst nicht eingehen möchte, zu denen sich aber unser Generalsekretär, Herr Bode, äußern wird.

Ich konzentriere mich stattdessen auf den Aspekt, den ich zu Beginn erwähnt habe, den des globalen Bildungsmarktes. Ich möchte versuchen, mit Ihnen gemeinsam Wege zu finden, wie wir diese Herausforderung in den nächsten Jahren bewältigen können. Eine Herausforderung, die unserem Land enorme Chancen bieten kann, die aber, wenn wir sie nicht richtig wahrnehmen, zu einem großen Risiko für uns werden kann. Denn unsere Konkurrenten auf der - wenn ich das einmal so sagen darf - Anbieterseite, die USA, die Briten, die Australier, die Kanadier und andere entwickelte Länder, sind nicht untätig. Es hat sich herausgestellt, dass der Bildungsmarkt attraktiv ist, nicht nur für uns, sondern natürlich ebenso für die genannten Länder. Dass sie mit harten Bandagen um diesen Bildungsmarkt ringen, das merken wir dann vor Ort. Dieser Bildungsmarkt hat natürlich enorme Vorteile für die Außenpolitik, die Wirtschaftspolitik, die Entwicklungspolitik, die Kulturpolitik und last but not least für die Wissenschaftspolitik. Auf die einzelnen Punkte können wir vielleicht nachher in einer Fragerunde eingehen. Wir müssen uns darauf einstellen, dass unsere Konkurrenten, insbesondere aus dem angelsächsischen Raum, erkannt haben, welchen Wert dieser Markt für sie selbst darstellt und wie sie infolgedessen auf diesem Markt mit entsprechenden Methoden, auch mit entsprechenden Finanzierungsmitteln, auftreten. Dem müssen wir standhalten und versuchen, unsere Chancen zu nutzen. Das wird unsere Hauptarbeit in den nächsten Jahren sein. Ich möchte hinzufügen, dass wir dank der Unterstützung, insbesondere durch das BMBF und das Auswärtige Amt - Stichwort UMTS - in den vergangenen Jahren eine Kampagne unter dem Namen „High Potentials - International Careers made in Germany“ entwickelt und durchgeführt haben, die außerordentlich erfolgreich gewesen ist. Sie hat dazu geführt, dass praktisch in allen Ländern, in denen wir aufgetreten sind, die Zahl der ausländischen Studierenden gewachsen ist. Die Zahl der indischen Studierenden in Deutschland hat sich beispielsweise in den vergangenen vier, fünf Jahren verdreifacht. Darüber sind wir außerordentlich glücklich, denn gerade Indien ist angesichts der Größe des Landes und seiner Einwohnerzahl von einer Milliarde stark unterrepräsentiert. Ähnliches gilt auch für China und für nahezu alle Länder. Das heißt, wir haben dank der Unterstützung unserer Freunde in den verschiedenen Organisationen und Ministerien in der Tat eine erfolgreiche Kampagne gestartet. Wir wissen, wie man das macht, wir haben viel gelernt, wir sind immer noch dabei, weiter zu lernen. Wir sind aber sicher, dass wir das unbedingt fortsetzen müssen und in Anbetracht der Zuwachsraten dieses Marktes in der Zukunft noch verstärken müssen. Damit möchte ich meinen Bericht abschließen. Ich bin natürlich gerne bereit, auf weitergehende Frage zu antworten. Vielen Dank.

Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Huber. Die Zahl derer, die im Ausland studieren wollen, zwei, drei, vier Millionen, ist schon beeindruckend. Ich glaube, dass man sich deshalb die Strategien noch einmal genau überlegen muss. Herr Bode, bitte schön.

Dr. Christian Bode (Generalsekretär des Deutschen Akademischen Austauschdienstes): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich bin kein neuer Generalsekretär, sondern schon seit 1990 dabei, aber wie man auch in diesem Kreise sehen kann: Alter schützt nicht immer vor neuen Ideen. In der Tat hat sich der DAAD seit 1990 sehr gründlich gewandelt: Aus einer anerkannten - das will der DAAD auch weiterhin bleiben - Stipendienorganisation für Deutsche und Ausländer zu einer Organisation der Internationalisierung der deutschen Hochschulen und den damit verbundenen Reformanstrengungen. Beim

sogenannten Bologna-Prozess wird sehr deutlich, wie sich internationale Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturpolitik mit nationalen Reformen verbindet. Auf Einzelheiten will ich nicht eingehen. Die Zahl der ausländischen Studierenden hat inzwischen ein solches Volumen angenommen, dass der DAAD sich nicht nur auf seine Stipendiaten beschränken kann, sondern inzwischen seine Sorge, und es gibt auch Anlass zur Sorge, auf alle ausländischen Studierenden, das sind zurzeit 227.000, ausdehnt. Das entspricht ungefähr der Zahl der Studenten, die es gab, als ich zu studieren begonnen habe; aber damals waren das überwiegend Deutsche. Hier ist ein ganz neues Potential entstanden, das unsere Aufmerksamkeit verdient, das auch große Chancen bietet. Wir erfinden dauernd neue Programme, pro Jahr zwischen 10 und 15. Die letzten spektakulären waren die Exportprogramme, 29 Projekte eines sogenannten Exports deutscher Studienangebote ins Ausland, darunter vielleicht als prominentestes die deutsche Universität in Kairo. Auch das ist ein Markt außerordentlicher Qualität und Güte, auf dem wir noch viel zu lernen haben.

Ich möchte noch auf zwei Aspekte bei den neuen Steuerungsmethoden aufmerksam machen - wenn wir denn neue brauchen, ich wünsche mir immer etwas Neues, wenn es etwas Besseres ist -, die beim DAAD zu beachten wären. Erstens: Der DAAD ist eine Vereinigung der deutschen Hochschulen, zunächst einmal ein Verein von 230 deutschen Hochschulen und damit von Ländereinrichtungen, die überwiegend mit dem Geld des Bundes Gutes tun und die internationalen Beziehungen der Hochschulen fördern. Es handelt sich also um ein Instrument des kooperativen Föderalismus. Dieser kooperative Föderalismus steht zurzeit auf der Prüfbank. Ich ahne nichts Gutes bei dieser Prüfung für den Bereich Bildung, Kultur und Wissenschaft. Ich ahne sogar Schlimmes und ich bitte den Ausschuss, sich in diese Debatte einzumischen, die hinter verschlossenen Türen ohne wirkliche Vertreter von unserer Seite stattfindet. Wir haben große Sorge, dass sich scheinbar einfache schöne Formen durchsetzen. Der Bund soll sich zum Beispiel mehr auf Außeruniversitäres, die Länder sollen sich allein auf das Universitäre konzentrieren; das wäre ganz und gar unglücklich. Wenn wir eine Schwäche in unserem Forschungsbereich haben, dann eher, dass wir zu viel Außeruniversitäres aus genau diesem Grunde haben und zu schwache Universitäten im Bereich der Forschung. Meine erste dringende Bitte: Kümmern Sie sich auch um dieses Thema oder lassen Sie uns eine gemeinsame Position erarbeiten und uns in die Debatte einmischen, bevor aus Gründen, die gar nichts mit Bildung und Wissenschaft zu tun haben, sondern mit dem Mitbestimmungsrecht des Bundesrates, irgendwelche Geschäfte auf unsere Kosten gemacht werden. Zweitens: Zu neuen Steuerungsmethoden bitte ich zu berücksichtigen, dass „Globalisierung“, „Globalhaushalt“ und „Budgetierung“ zwar gut klingt, dass wir aber über 50 Geldgeber haben, die man gar nicht ohne Weiteres zusammenwerfen kann. Über die Hälfte unserer Mitarbeiter ist inzwischen befristet in Projekten tätig. Über 100 unserer Mitarbeiter sind Hochschulabsolventen im mittleren und gehobenen Dienst. Das nur einmal aus der Wirklichkeit der Mittlerorganisationen, die man bitte berücksichtigen möchte, wenn neue Steuerungen angesagt sind. Wir können wohl mehr Flexibilität, insbesondere Überjährigkeit, gebrauchen, aber das sagen wir schon sehr lange.

Ein letzter Punkt von mir, der Ihnen allen zur Genüge bekannt ist: Das Zuwanderungsgesetz. Ich möchte hier nur folgende Mitteilung machen. Sollte es aus Gründen, die wir alle nicht in der Hand haben, nicht zu einem Zuwanderungsgesetz, das wir dringend auch im Bereich der Hochqualifizierten

brauchen, kommen, sage ich, dass man über 95 Prozent unserer Desiderata für Hochqualifizierte auch mit dem bestehenden Gesetz plus entsprechender Rechtsverordnung und Richtlinien machen könnte, wenn sich die beiden Bundesministerien und die zuständigen Länderministerien im Bundesrat oder in den einschlägigen Gremien darauf verständigen. Nicht, dass ich dafür plädiere, aber ich meine, dass es eine Alternative gibt. Gerade in unserem Bereich muss man nicht scheitern. Wenn wir wirklich für die besten Köpfe der Welt attraktiv sein wollen, dann müssen wir auch längerfristige Perspektiven und nicht eine auf fünf Jahre hinausgeschobene Ausweisungsverfügung anbieten.

Vorsitzende: Ich bedanke mich bei Herrn Bode. Wir kommen gleich in die Diskussion, ich möchte aber gern Herrn Graf von Waldburg-Zeil, dem Präsidenten des Instituts für Auslandsbeziehungen, und Herrn Maaß, dem Generalsekretär des Instituts für Auslandsbeziehungen, mit denen wir schon lange vertrauensvoll zusammenarbeiten, das Wort erteilen.

Alois Graf von Waldburg-Zeil (Präsident des Instituts für Auslandsbeziehungen): Frau Vorsitzende, verehrte liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ifa ist eine kleine, aber reaktionsschnelle Organisation, die auf neue Herausforderungen entsprechend reagieren kann. Wie Sie wissen, haben wir seit dem Krieg drei große Phasen der Auswärtigen Kulturpolitik gehabt. Die erste Phase bestand darin, durch Bescheidenheit wieder den Eintritt in die Kulturnationen zu finden. Die zweite Phase war geprägt von einem gewissen Hochgefühl seit der berühmten Enquete-Kommission Mitte der 70er Jahre mit dem erweiterten Kulturbegriff, der dritten Säule der auswärtigen Politik. Die dritte Phase habe ich selber hautnah erlebt. Das war in den Jahren 1997 und 1998. Damals gab es noch den Unterausschuss „Auswärtige Kulturpolitik“, den zu leiten ich die Ehre hatte. Zu einer Anhörung haben wir Samuel Huntington eingeladen, nicht um seine Thesen nachzuvollziehen, sondern um herauszufinden, was wir tun können, um mit der Auswärtigen Kulturpolitik gegenzusteuern und Krisen vorzubeugen, wenn in Zukunft Konfliktlinien an Kulturgrenzen verlaufen. Das ifa hat diese Phase mit vollzogen. In der ersten Phase, in einem Land, in dem Bücher verbrannt und Bücher verboten worden waren, war es besonders wichtig, deutsche Gegenwartskunst in aller Welt zu zeigen. Das war zunächst die Grundaufgabe des ifa. In der Phase der Auswärtigen Kulturpolitik haben wir dann mit Selbstbewusstsein die Bibliothek, die Zeitschrift für Auswärtige Kulturpolitik und kulturelle Förderprogramme für deutsche Minderheiten entwickelt. Die dritte Phase zeigt sich sowohl in den herkömmlichen als auch in den zusätzlichen Programmen sehr deutlich. In den herkömmlichen Programmen haben wir jedes Jahr eine Vielzahl von Ausstellungen. Im letzten Jahr waren es 155 Präsentationen mit 800.000 Besuchern, besonders interessant natürlich in muslimischen Ländern, weil dort die Gegenwartskunst mit ihrer abstrakten Kunst einen besonderen Anklang findet. Das ist nicht gegen das Bildverbot. Man kommt in eine sehr starke Diskussion hinein. Dann die Abteilung Zeitschrift und Bibliothek. Es ist unglaublich, in welcher Menge die neuen Medien geholfen haben, stärker in den Dialog hineinzukommen. Auf unsere Homepage haben im letzten Jahr 25 Millionen Menschen, darunter ein großer Teil aus dem Ausland, zugegriffen. Es sind natürlich neue Programme hinzugekommen, insbesondere die Dialogveranstaltungen. Da ist der Mediendialog mit islamischen Ländern ein sehr interessantes Feld. Dann unsere Abteilung zivik - zivile Konfliktbearbeitung -, die mit Programmen zusammen mit Nichtregierungsorganisationen versucht, konfliktvorbeugend zu wirken. Ich darf Herrn Maaß bitten, in den

Einzelheiten noch zu ergänzen. Ich wollte nur die Änderungen im Großen anzeigen. Eine letzte Bemerkung: Wir wollten heute nicht über die Finanzen reden, aber die sind natürlich unumgänglich, um die Arbeit zu tun. Ich glaube aber, dass das Wichtigste aus der letzten Diskussion im Deutschen Bundestag ist, dass der Subventionsbegriff wieder von der Auswärtigen Kulturpolitik wegkommt. Das konnte geschehen, weil fleißige und treffliche Beamte aus Nordrhein-Westfalen und Hessen gesagt haben, dass Kulturpolitik als Sache der Länder ausgenommen bleibt, dass aber Bundespolitik, die Gestaltung der Auswärtigen Kulturpolitik, unter den Begriff der Subvention fällt. Wir arbeiten im Auftrag des Auswärtigen Amtes und erfüllen Aufgaben der Politik. Wir werden nicht nur wie Privatleute bezuschusst, denen man etwas dazugibt, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können. Ich glaube, der Bundestagsvizepräsident hat am Ende der Debatte gesagt, wenn man so einstimmig diskutiert, kann man vielleicht auch etwas ändern. Ich bin mir über die Gesetzeslage und die Schwierigkeit, ein Gesetz zu ändern, im Klaren, aber vielleicht ist es doch möglich, diesen Grundsatz, dass Auswärtige Kulturpolitik keine Subventionsangelegenheit ist, zu festigen. Vielen Dank.

Vorsitzende: Ich hatte in meinen Eingangsbemerkungen bereits dargelegt, dass ich glaube, dass es vielen auch deshalb am Anfang nicht aufgefallen ist, weil es eben nicht unter dem Begriff Subvention, sondern unter dem Begriff Finanzhilfe lief. Der Begriff Finanzhilfe war aber breit gestreut und betraf sowohl die Privatisierung der Bahn als auch die Kulturarbeit. Ich habe - das ist von einigen etwas missverstanden worden - in der Debatte auch dargelegt, dass die Mittlerorganisationen im Prinzip wie unsere nachgeordneten Behörden zu behandeln sind. Das sind sie natürlich nicht, sie sind selbstständig. Aber sie sind nichts anderes als eine Botschaft. Eine Botschaft fällt nicht unter den Kürzungsbeschluss. Da sie aber ein eingetragener Verein, eine Stiftung oder sonst etwas sind, hätten sie darunter fallen können. Das ist mit dem Begriff Finanzhilfe falsch dargestellt. Danach gilt alles, was Politik macht und gestaltet, als Finanzhilfe. Dann könnten wir das eigentlich auch abschaffen und alles nur noch den freien Kräften überlassen. Ich glaube, dass dieser Ausschuss und auch der Auswärtige Ausschuss Ihnen vollkommen zustimmen. Wenn man mit Finanzfachleuten ernsthaft darüber spricht, sagen auch sie, dass dieses Gesetz im Prinzip abgeschafft werden muss. Ich habe aber versucht darzustellen, dass dieses Gesetz ein Ergebnis des Vermittlungsausschusses ist. Wenn man im Vermittlungsausschuss ist, dann hat man schon eine lange Reise hinter sich - das wissen Sie selber aus Ihren langjährigen Erfahrungen. Wir sind alle auf Ihrer Seite und bemühen uns. Wir werden sehen, wie es jetzt weitergeht.

Dr. Kurt-Jürgen Maaß (Generalsekretär des Instituts für Auslandsbeziehungen): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren. Ich möchte nur kurz drei Punkte hinzufügen. Wir bemühen uns, genau wie die anderen Mittlerorganisationen, die Zahl unserer Partner erheblich zu erweitern, und zwar sowohl im Bereich Public als auch im Bereich Private und manchmal auch in einer gelungenen Partnership. Auf diese Weise ist ein Drittel unseres Haushaltes inzwischen durch zusätzlich eingeworbene Mittel von öffentlichen und privaten Stellen zusammengekommen. Damit können wir auch in der Auswärtigen Kulturpolitik ganz neue Impulse geben. Ich möchte eine Lanze für die Kunst brechen, denn die deutsche zeitgenössische Kunst ist in einer Phase internationalen Ruhmes und internationaler Beachtung, wie sie sie lange Jahrzehnte nicht gehabt hat. Es gibt jedes Jahr eine

internationale Auswertung der 100 erfolgreichsten Künstlerinnen und Künstler der Welt. In dieser Liste waren im letzten Oktober die USA mit 32 Namen, Deutschland mit 26 und Großbritannien mit 9 vertreten - um Ihnen auch einmal zu zeigen, welche Abstände es hier gibt und welche überragende Bedeutung den Entwicklungen der deutschen zeitgenössischen Kunst im Ausland zugemessen wird. Dies führt dazu, dass wir mit unseren vielfältigen Tourneeausstellungen überall in der Welt auch auf besonders großes Interesse stoßen. Wir meinen, wir sollten mit diesem Pfund durchaus noch stärker als bisher wuchern. Zumindest sollten wir uns bemühen und die Möglichkeiten, die wir über die Kunst haben - die Zahlen zeigen, dass die meisten Besucher zu Veranstaltungen Auswärtiger Kulturpolitik, zu Kunstveranstaltungen kommen -, auf keinen Fall in Frage stellen. Der zweite Punkt: In der Konzeption 2000 sind die Begriffe Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten erstmalig auch für die Auswärtige Kulturpolitik formuliert worden. Inzwischen gewinnt dieser Bereich eine immer größere Bedeutung. Wir haben uns hier sehr stark engagiert und als Partner angeboten. Wir stellen fest, dass das Interesse an einer Kooperation mit Deutschland sehr groß ist, dass die Programme, in denen man Anträge stellen kann, zum Beispiel bei den Nichtregierungsorganisationen, überbucht sind, dass es auch von ausländischen Nichtregierungsorganisationen Anträge gibt. Hier kommen sehr viele gute Ideen zusammen, um vielleicht auf friedlichem Weg dazu beizutragen, dass sich in noch mehr Ländern Strukturen bilden, in denen Konflikte ausgetragen werden können, damit man nicht mehr aufeinander einschlagen muss. Der dritte Punkt ist, wir versuchen mit den Aktivitäten unserer Bibliothek, der Zeitschrift „Kulturaustausch“, dem Internet und auch mit Länderstudien, die wir veröffentlicht haben, die Diskussion über die Auswärtige Kulturpolitik weiter voranzubringen. Wir haben acht Synergiestudien mit Mitteln der Robert Bosch Stiftung veröffentlichen können. Dazu werden wir in Kürze auch eine erste Auswertung veröffentlichen, die aufzeigt, was aus diesen acht Länderstudien an neuen Erkenntnissen für die Auswärtige Kulturpolitik herausgekommen ist. Eine Aufgabe des Instituts sehen wir auch darin, einen Beitrag zur Fortführung dieser Diskussion zu leisten, die nicht bei der Konzeption 2000 stehen bleiben darf. Herzlichen Dank.

Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Maaß. Ein bisschen außer der Reihe, aber dennoch als eines der wichtigen Institute im Rahmen der Auswärtigen Kulturpolitik begrüßen wir heute den Präsidenten des Deutschen Archäologischen Instituts, Herrn Parzinger. Wir haben mit dem Archäologischen Institut gerade andere Projekte, Irak etc. diskutiert. Vielleicht können Sie uns dazu auch einen kleinen Sachstand geben?

Prof. Dr. Dr. Hermann Parzinger (Präsident des Deutschen Archäologischen Instituts): Vielen Dank, sehr geehrte Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren Abgeordneten. Als Letzter in dieser Runde, aber nicht weniger herzlich, möchte ich Ihnen allen ebenfalls für Ihren Einsatz in Sachen Koch-Steinbrück danken. Im Falle unseres Instituts hätte es wirklich, wie sagte es der Bundesminister hier, Knochen und Mark durchtrennt. Das Deutsche Archäologische Institut, das DAI, spielt im Rahmen der Auswärtigen Kulturpolitik eine Sonderrolle, weil es keine Mittlerorganisation, sondern ein Forschungsinstitut ist. Der satzungsgemäße Auftrag lautet, Forschungen auf dem Gebiet der Archäologie weltweit durchzuführen, zu fördern und zu veröffentlichen. Diese Aufgabe erfüllt das DAI seit seiner Gründung 1829 im Rahmen Auswärtiger Kulturpolitik zunächst Preußens und dann des Deut-

schen Reiches. In diesem Jahr begeht das Institut übrigens sein 175-jähriges Bestehen. Es ist damit eine der ältesten Forschungseinrichtungen überhaupt. An der Spitze des DAI steht ein Präsident, der auch selbst aktiv an der Forschung teilnimmt und das Institut im Zusammenwirken mit einem Direktorium und einem wissenschaftlichen Aufsichtsrat aus Vertretern von Universitäten, Museen und dem Auswärtigen Amt leitet. Das DAI besteht aus einer Zentrale in Berlin und zehn Abteilungen, Kommissionen und Außenstellen, vorzugsweise im Mittelmeerraum und im Vorderen Orient. Das Institut ist historisch gewachsen. Man hat sich dabei stets den wissenschaftlichen und kulturpolitischen Möglichkeiten und Erfordernissen angepasst. Das möchte ich kurz an einem historischen und zwei aktuellen Beispielen erläutern. Beispiel 1: 1929 wurden trotz einer schweren wirtschaftlichen Krise die Auslandsabteilungen in Istanbul und Kairo gegründet, die bis heute zwei wichtige Aktivposten unserer Arbeit im Nahen Osten sind. Es waren damals willkommene Gelegenheiten, sich aus der Isolation nach dem ersten Weltkrieg zu befreien und sich auf kulturellem und wissenschaftlichen Gebiet als bedeutende und gleichberechtigte Nation zu präsentieren. Beispiel 2: 1979 wurde in Bonn auf ausdrücklichen Wunsch der Bundesregierung eine Kommission für die archäologische Erforschung in Entwicklungs- und Schwellenländern in Südasien, Afrika und Lateinamerika gegründet, die heute zum Beispiel in Bolivien, Sri Lanka, Vietnam und anderswo wichtige Beiträge in Sachen Nation-Building leistet. Beispiel 3: 1995 erfolgte die Gründung einer Eurasienabteilung in Berlin, die ich selbst bis vor einem Jahr geleitet habe. Der weltgeschichtliche Prozess der Auflösung der Sowjetunion hatte damals natürlich auch für die Archäologie eine grundlegend neue Lage geschaffen. Der Bedarf an wissenschaftlichem Austausch war enorm. Heute reichen die Forschungen in dieser Abteilung von Russland über die mittelasiatischen Nachfolgestaaten bis China.

Für das gesamte Institut gilt gleichermaßen, dass die Projekte natürlich weder flächendeckend noch regionalkonzipiert, sondern schwerpunktmäßig und übergreifend sind. Das gewährleistet auch den Rahmen für langfristige Entwicklungen, was in der Wissenschaft immer wichtig ist. Die Gliederung in kleine Einheiten mit großer wissenschaftlicher Selbständigkeit entspricht der fachlichen Spezialisierung nach historischen und geographischen Gesichtspunkten. Die einzelnen Abteilungen des DAI sind dabei auch Treffpunkte der internationalen Forschung und Zentren des wissenschaftlichen Austausches. Die internationale Vernetzung des DAI hat zudem eine wichtige Katalysatorwirkung, auch für das Erlernen der deutschen Sprache, die, gelegentlich sogar noch mehr als das Englische, eine Art Lingua Franca in der Archäologie ist. Das hängt mit der traditionell führenden Rolle Deutschlands ganz allgemein, also auch der Universitäten, in den Altertumswissenschaften zusammen. Das ist auch der Grund dafür, dass das Interesse an einer Zusammenarbeit mit Deutschland auf dem Gebiet der Archäologie weltweit enorm ist. Immer öfter tragen die Länder, mit denen wir kooperieren, die Kosten der gemeinsamen Projekte auch mit. So wurden zum Beispiel Mitarbeiter des DAI Rom gebeten, die baugeschichtliche Untersuchung des Kolosseums zu übernehmen. Diese Arbeiten wurden komplett von italienischer Seite finanziert und hatten eine enorme Resonanz in den italienischen Medien und im Übrigen auch in Deutschland, etwa im „Spiegel“. In Bosnien leistet das DAI im Rahmen eines Forschungsvorhabens gleichzeitig auch einen wichtigen Beitrag zum Wiederaufbau der völlig zerstörten Struktur in der archäologischen Denkmalpflege. In Serbien beginnt in diesem Sommer ein Projekt, das auch das Ziel verfolgt, die serbische Forschung wieder in den europa- und weltweiten Wissenschaftsverband zu integrieren. In China hilft das DAI beim Aufbau moderner Datierungstechnologie; wir ha-

ben dort ein dendrochronologisches Labor an der Akademie der Wissenschaften eingerichtet, dessen Ergebnisse wir ab jetzt in gemeinsamen Forschungen auswerten und veröffentlichen werden. Im Iran unterhält das DAI eine kleine Außenstelle. Als erste Ausländer seit der islamischen Revolution 1979 konnten DAI-Mitarbeiter nun wieder Grabungen durchführen. Dem Iran ist, vielleicht überraschend, heute mehr denn je an seiner vorislamischen Geschichte gelegen. Es geht um die Wiederfindung der bis in das achte Jahrtausend vor Christus zurückreichenden historischen Dimension, woran das DAI mitarbeitet. In Afghanistan hilft das DAI bei der Rettung des kulturellen Erbes, ob im Bagh-e Babur Garten in Kabul oder bei den Buddhastatuen von Bamiyan oder dem, was davon noch übrig ist. Das DAI fördert auch die Ausbildung eines eigenen archäologischen Dienstes, damit man dort diese Aufgaben selbst übernehmen kann. Zahlreiche Projekte laufen in arabischen Ländern, neuerdings auch in Saudi-Arabien. Deshalb wird das DAI Anfang Dezember gemeinsam mit Parlamentariergruppen des Bundestages sogenannte Arabien-Tage veranstalten. Im Irak, jetzt komme ich auf Ihr Thema, führte das DAI 2002 noch Ausgrabungen in Uruk durch, immerhin die Stadt, in der die Schrift erfunden wurde. Momentan warten wir. Die Außenstelle in Bagdad soll aber, sobald es die Sicherheitslage zulässt, wieder besetzt werden. Inzwischen laufen natürlich von den Kollegen der Orient-Abteilung, die hier einmal berichtet haben, intensive vorbereitende Kontakte sowohl mit irakischen als auch mit amerikanischen, britischen, französischen Kollegen und all jenen, die im Irak tätig sind. Wir ziehen auch da wieder an einem Strang, das kann man schon ganz deutlich so sagen. Viele weitere Beispiele ließen sich anfügen, worauf ich hier nicht eingehen will.

Mit seiner wissenschaftlichen Arbeit trägt das DAI weltweit zur Erforschung des kulturellen Erbes der Menschheit und dadurch auch zum Ansehen Deutschlands bei. Wir finden, dass es mit Recht Bestandteil der Auswärtigen Kulturpolitik ist. Die Verankerung im Haushalt des AA führt aber dazu, dass das DAI nicht an der Forschungsförderung des Bundes teilnehmen kann - wir bekommen keine Gelder vom BMBF. Deshalb hätte uns Koch-Steinbrück noch viel mehr getroffen. Es ist hier nicht der Ort, über die rein wissenschaftlichen Anliegen und Konzeptionen zu sprechen. Es ist aber klar, dass der innerste Kern unserer Arbeit im Suchen und Deuten des Menschen der Vergangenheit liegt, im Erkennen seines Weges vom Anbeginn bis zur Schwelle zur Gegenwart, im Suchen nach dem, was er geschaffen hat, was von uns wieder zum Sprechen gebracht werden kann. Entscheidend ist, dass man sich dieser Aufgabe gemeinsam stellt. Es ist eine Strategie, die das DAI in den letzten zehn Jahren viel stärker verfolgt als früher. Denn nichts verbindet mehr als das gemeinsame Forschen von Angehörigen verschiedener Nationen nach ihren historischen Wurzeln. Das DAI betrachtet es deshalb als vordringlich, seine Projekte zusammen mit den Vertretern der Gast- und Partnerländer durchzuführen, verbunden mit einem intensiven Austausch von Studenten und Wissenschaftlern. Diese haben eine enge Verbundenheit mit der Alexander von Humboldt-Stiftung, dem DAAD und auch dem Goethe-Institut. Denn auch unser Netzwerk basiert ganz wesentlich auf DAAD-Stipendiaten, Humboldt-Stipendiaten, Humboldt-Preisträgern, die natürlich alle im Goethe-Institut Deutsch gelernt haben. Beim Austausch von Studenten und Wissenschaftlern lernt man natürlich nicht nur, dass man gemeinsam mehr erreicht, sondern erhält durch die Zusammenarbeit auch eine tiefere Kenntnis von der Sprache, der Kultur, der Mentalität und den Eigenarten des jeweils anderen. Diese Erfahrungen sind im zusammenwachsenden Europa nicht minder wichtig als etwa im Verhältnis zu Osteuropa und Russland, wo historische Wunden oft noch nicht völlig verheilt sind, oder im Dialog mit der islamisch geprägten

Welt, der derzeit immer schwieriger zu werden droht. Anlässlich der 100-Jahr-Feier unseres Instituts 1929 sagte Gustav Stresemann: „Jede gemeinsame Arbeit im Dienste der Wissenschaft ist auch eine Arbeit am Frieden“. Dem fügte Hans-Dietrich Genscher 1980, ebenfalls bezogen auf das DAI, noch hinzu, dass die Archäologie diese völkerverbindende Kraft in besonderem Maße für sich in Anspruch nehmen kann. Besser kann man es eigentlich aus unserer Sicht gar nicht sagen. Vielen Dank.

Vorsitzende: Vielen Dank. Ich habe bislang vier Wortmeldungen. Wir gehen der Reihenfolge nach vor. Frau Vollmer, Herr Nooke, Herr Barthel, Frau Roth und Herr Tauss.

Abg. Dr. Antje Vollmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Am Anfang würde ich gerne das noch einmal wiederholen, was ich heute morgen im Auswärtigen Ausschuss gefragt habe. Wir bedanken uns für Ihren herzlichen Dank, haben aber auch ein bisschen den Eindruck, dass es wirklich allergrößtes Risiko war und dass wir nicht noch einmal in eine solche Situation kommen dürfen; alle zusammen und miteinander. Ich möchte deswegen noch einmal die Frage stellen, warum wir da hineingetrudelt sind. Denn ich glaube, dass man auch Ihrerseits ein bisschen nacharbeiten muss. Wahrscheinlich ist es, was wir an sich als Vorteil betrachten, tatsächlich ein Problem, dass bei uns die Mittlerorganisationen, die, wie Frau Griefahn sagt, eigentlich nachgeordnete Behörden sind, aus unserem Kunst- und Kulturverständnis ganz frei definiert wurden und deswegen allmählich aus dem Bewusstsein der nachgeordneten Behörde herausgeraten sind. Wenn man wirklich die dritte Säule der deutschen Außenpolitik ist, muss man auch wieder diesen politischen Platz einer nachgeordneten Behörde, einer dritten Säule, besetzen. Seit 1990 hat es an einem gemeinsamen Behaupten, einer gemeinsamen Erläuterung, warum die Bedeutung der Auswärtigen Kulturpolitik nicht nur so wichtig wie früher ist, sondern geradezu nach oben streben muss, ein wenig gefehlt. Dafür muss es eine Art von Begriff geben. Mir hat sehr gut gefallen, dass Sie von Phasen gesprochen haben. Die erste Phase war die der Bescheidenheit, die zweite die des erweiterten Kulturbegriffs, dann kam der Clash der Kulturen und die Antworten darauf. Wir müssten uns jetzt behaupten und aufzeigen, warum die größten Chancen in der Außenpolitik gerade in der Kulturpolitik liegen. Im Übrigen finde ich, dass das zu unseren politischen Konzepten passt. Aber dann müssen Sie den Platz auch sehr selbstbewusst einnehmen. Nur dann kann man auch ein Drittel des Haushalts wieder verteidigen. Man muss auch wirklich darum kämpfen und darlegen, dass man in den präventiven Konzepten mindestens so effektiv Außenpolitik macht wie die Verteidigungspolitik. Das gemeinsame Behaupten hat es aber auch bei Ihnen im Einzelnen so nicht gegeben. Das will ich einfach selbstkritisch dazu sagen. Dass dies die Zeit der großen Chance ist, das sehen wir alle ja auch. Genauer sogar, dass nicht wir es definieren, sondern dass die Welt es für uns definiert, weil wir letztendlich enorme Möglichkeit hätten, von den neuen Eliten zu profitieren, von den Begabtesten in der Welt, die alle mit uns Kontakt haben wollen - erstaunlich für uns, das kann man mit großer Dankbarkeit sehen -, aber die wissen es längst besser als wir. Das nur dazu, damit Sie in Zukunft an einer solchen Art von Selbstbehauptung, an einem solchen Begriff wie einer unglaublich großen Chance auch arbeiten.

Zum Zweiten habe ich eine Frage an den DAAD: Ich habe gerade von Ihrem Programm in Kairo gehört. In der deutschen Universität arbeiten Sie nach deutschen Methoden, auch nach deutschen Wissenschaftskriterien, aber wenig in Deutsch. Passt das in die neue Zeit noch herein? Wir haben uns

gerade in der letzten Zeit in unseren Debatten dazu durchgerungen, dass man auch den Platz des Deutschen behaupten muss. Ich möchte fragen, ob man nicht auf jeden Fall - Lingua Franca ist Englisch, das weiß jeder - bei denen, zu denen wir feste Kontakte haben wollen, die deutsche Sprache fördern sollte. Feste Kontakte heißt ja auch, dass man diese Eliten der Welt auf Dauer an uns bindet. Das weiß jeder, der einmal in einer prägenden Zeit im Ausland war, der liebt dieses Land in der Regel immer - das hat mit dieser Phase zu tun, in der man es kennenlernt -, der wird auch später in seinem Beruf zu diesem Land Kontakte haben. Da gehört dann Deutsch auch dazu, damit es nicht nur das Ersatzland ist. Dazu möchte ich auch fragen, ob Sie auch auf Länder abzielen, in denen das Interesse an der deutschen Sprache und auch an Deutschland höher ist als an anderen. Wir haben immer festgestellt, dass in den kleinen Ländern wie Vietnam, der Mongolei, Nepal oder Laos ein enormes Potential steckt, das zusammengenommen auch eine Menge an Einfluss und dauerhaften und tiefen Kontakten ergibt. Was würde sich bei Ihnen wirklich ändern, wenn Sie budgetieren könnten? Nicht nur, dass Sie ein bisschen freier wären, sondern was würde sich essentiell ändern? Es müsste doch so etwas wie einen Masterplan für die islamische Welt bei Ihnen geben. Wenn man an etwas in der islamischen Welt interessiert ist, dann daran, dass es Reformbewegungen im Islam gibt. Das gehört nun unmittelbar in Ihrer aller Bereiche hinein, nämlich in den kulturellen, sprachlichen und wissenschaftlichen Aufbau von Eliten, die in der Lage sind, Reformen der Globalisierung vorzunehmen. Da würde ich mir auch wünschen, dass Sie untereinander - Sie sehen, ich versuche, Sie immer miteinander zu vernetzen - diskutieren, wie ein Masterplan der Auswärtigen Kulturpolitik unserer Mittlerorganisationen für die islamische Welt aussehen könnte.

Vorsitzende: Der Dialog mit den Gutwilligen, den wir forcieren müssen, ist genau unser Punkt. Herr Nooke.

Abg. Günter Nooke (CDU/CSU): Ich denke, die Debatten der letzten und vorletzten Sitzungswoche waren eine gemeinsame Kraftanstrengung. Ich möchte einfach noch einmal darauf hinweisen, dass es dabei nicht nur um Koch-Steinbrück ging. Vielmehr haben wir, bevor der Minister hier im Ausschuss etwas gesagt hat, die Debatte beantragt, weil wir uns natürlich auch die Zahlen angeschaut und gesehen haben, wie die Auswärtige Kulturpolitik im Haushalt des Auswärtigen Amtes immer weiter abgesenkt wurde, unabhängig davon, ob man dieses noch zusätzlich im Vermittlungsausschuss beschlossen hat. Bei den entsprechenden pauschalen Kürzungen wurde auch die Auswärtige Kultur- und Bildungsarbeit unter dem Subventionsbegriff subsumiert, obwohl wir uns hier natürlich alle einig sind, dass weder der Subventionsbegriff noch die Einsparung an dieser Stelle überhaupt sinnvoll ist. Das ist Konsens bei uns. Ich möchte nur noch einmal deutlich machen, dass wir den Außenminister nicht so ganz aus seiner Verantwortung entlassen wollen. Er ist immerhin Vizekanzler und nicht ganz ohne Einfluss beim Koalitionspartner und in der Regierung. Insofern sollten wir natürlich auch, wenn wir über dieses Thema sprechen, die Verantwortung bei demjenigen lassen, bei dem sie wirklich liegt. Gut ist es natürlich, wenn wir dann gemeinsam die Öffentlichkeit herstellen, die zur Zurücknahme der Kürzungen führt. Wobei mich noch einmal interessieren würde, was Sie schon an substantiellen Zusagen oder Nichtzusagen, was Ihren Haushalt angeht, haben. Ob Sie generell mit dem, was Sie vom Auswärtigen Amt und von anderen Einrichtungen erwarten, mit dem staatlichen Rückenwind zufrieden

sind? Hat sich Ihr guter Ruf im Ausland, den alle Einrichtungen, die heute hier sind, haben, in den letzten Jahren verbessert, verschlechtert, ist er gleich geblieben? Sie haben alle gesagt, dass Sie sich anstrengen müssen. Wir sind uns alle einig, dass in dieser Zeit die Anstrengungen eher größer werden sollten. Von der Tendenz gibt es hier wenig Differenzen zwischen uns. Aber vielleicht können Sie das noch einmal kurz für Ihre Einrichtungen sagen, das geht sicher schnell.

Etwas schwieriger wird es mit der zweiten Frage, die ich habe. Wir haben jetzt viel vom Dialog mit dem Islam gehört. Wir kümmern uns um die großen Länder China und Indien, aber eigentlich sind das Spannende auch die kleinen Länder, in denen es wirklich ein Interesse an Deutschland gibt, vielleicht auch an der deutschen Sprache. Da kann ich mich dem anschließen, was Frau Vollmer gesagt hat. Trotzdem haben wir uns im Rahmen der Außenpolitik, der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik immer neue Aufgaben, zum Beispiel den Dialog mit dem Islam, aufgebürdet, bis hin zu den Vorgaben, Friedenspolitik und Konfliktprävention mit der Auswärtigen Kultur- und Bildungsarbeit machen zu wollen. Das ist sicher unterstützend und begleitend hier und da möglich, aber im Grunde genommen ist das aus unserer Sicht eher eine Überforderung. Mich interessiert, ob Sie den Eindruck haben, dass Sie die originären Aufgaben, die Sie auch noch haben, trotzdem erfüllen können oder überlagert sich das, wird das dadurch unschärfer? Zum Beispiel finanziert sich das Goethe-Institut auch über Sprachkurse. Wenn das in großem Umfang mit dem vorhandenen Personal nicht mehr gemacht werden kann, dann haben wir natürlich nicht nur ein Finanzierungsproblem, sondern vielleicht auch ein Problem bei unseren Zielen, nämlich, dass Deutsch als zweite Fremdsprache im Ausland eine große Rolle spielt, dass Leute auch nach Deutschland kommen - all die Dinge, die schon gesagt wurden. Sie sitzen alle zusammen hier, vielleicht auch, um diese originären Aufgaben noch besser zu erfüllen, Möglichkeiten zu finden, sich besser zu vernetzen, Dinge auch gemeinsam zu machen, nicht bloß mit Frankreich, Spanien oder Großbritannien, sondern vielleicht auch untereinander, wenn es um die deutschen Bücher in einer Stadt geht. Ich sage es einmal ganz platt, man muss sich auch untereinander kennen und voneinander wissen, bis hin zu anderen Einrichtungen, die sich mit Bildung und Kulturarbeit im Ausland befassen - es gibt Stiftungen und vieles andere. Es würde mich interessieren, wie Sie das einschätzen, wo Sie da Potentiale sehen.

Die letzte Frage, die ich habe, bezieht sich auf das, was Herr Huber angesprochen hat und was ich genauso sehe, nämlich, dass wir uns um die Föderalismuskommission kümmern müssen. Sie sitzen hier in einem Ausschuss, der genauso wie der Bildungs- und Forschungsausschuss überwiegend der Meinung ist, dass Mischfinanzierungen nicht von Übel sind. Obwohl ich es als Haushälter in der Wirtschaft auch anders formulieren würde. Aber im Bereich der Bildungs- und Kulturarbeit halten wir die Mischfinanzierung für sinnvoll. Wir wissen, welche Sicherheit diese Finanzierung für Sie bietet und dass Bildungs- und Kulturarbeit oft sowieso aus verschiedenen Töpfen finanziert wird. Auch wenn wir uns da einig sind, müssen wir doch aufpassen, dass am Ende nicht gerade gegen diesen Bereich entschieden wird. Es bleibt trotzdem die Frage, ob wir das, was die Auswärtige Kultur- und Bildungsarbeit angeht, auch im Lande noch etwas besser organisieren können. Lohnt es sich, über eine Konzentration auf vielleicht weniger Ressorts zu diskutieren? Welche Rolle sollen das Auswärtige Amt, die Staatsministerin im Kanzleramt usw. dabei spielen? Oder sind Sie mit den Strukturen, so wie Sie jetzt sind, zufrieden? Ist es eventuell auch, was das Zusammenspiel angeht, dann doch etwas schwieriger,

insbesondere auch im Zusammenspiel zwischen Bund und Ländern? Oder kann man sagen, dass mit dem Föderalismus überhaupt und auch in Europa eine geschlossene Formation Auswärtiger Kultur- und Bildungsarbeit und somit auch die dritte Säule der Außenpolitik nur schwer machbar ist? Das hat der Minister hier ein bisschen beklagt. Es finden zurzeit gerade europäische Kulturkonferenzen statt; Sie sind mit daran beteiligt. Mich würde interessieren, wie Sie Ihre Rolle dort sehen.

Vorsitzende: Bevor ich dem Kollegen Barthel das Wort gebe, möchte ich noch ergänzend die Frage stellen, wie die Zusammenarbeit, die gerade in Zeiten knapper Kassen noch wichtiger ist, mit den Kulturattachés oder Kulturabteilungen der Botschaften läuft, damit man keine Doppelarbeit hat, sondern sich ergänzt oder auch seine Mittel entsprechend aufteilt. Herr Barthel, bitte.

Abg. Eckhardt Barthel (SPD): Es hat uns sehr gefreut, dass sich alle von Ihnen bei den Parlamentariern bedankt haben, dass der Kelch vorübergegangen ist. Ich möchte nur noch einmal sagen, dass das natürlich auch nur möglich war, weil der Druck auch außerhalb des Parlaments vorhanden war; das sollte man hier vielleicht auch einmal erwähnen. Wenn von außen nämlich nichts gekommen wäre, dann wäre bei uns auch nicht viel möglich gewesen. Wir haben viel Druck, im positiven Sinne des Wortes, bekommen und ich glaube, das war ein Zusammenspiel. Ich will jetzt nicht das Wort außerparlamentarische Opposition in den Mund nehmen, sonst werden vielleicht einige böse, aber so etwas war doch auch vorhanden. Nach dem Haushalt ist immer auch vor dem Haushalt. Deshalb wird das eine dauerhafte Aufgabe in diesem Bereich sein. Wir beteuern uns jeden Tag wie ein Glaubensbekenntnis, dass wir uns einig sind, dass Investitionen in Kultur keine Subventionen sind. Aber das wird nicht ausreichen. Insofern werden wir uns sicherlich auch weiter dafür einsetzen müssen, und das wird auch nur zusammen gehen. Bei Ihrem Dank sollten Sie nicht vergessen, dass auch im Auswärtigen Amt Überlegungen angestellt worden sind. Ich hätte es schön gefunden, wenn Sie Ihre Freude darüber, dass der Etat der AKP jetzt noch einmal davon gekommen ist, auch direkt der politischen Spitze des Auswärtigen Amtes mitgeteilt hätten. Das werden wir dann aber weiter vermitteln, denn das ist schließlich etwas sehr Positives, was Sie ausgedrückt haben. Ich möchte von Ihnen, Herr Bode, noch einmal den Begriff Föderalismus aufgreifen, weil wir nämlich auch die gleichen, ich sage es einmal vorsichtig „Antennen“ draußen haben, um zu sehen, was da läuft. Wir haben gerade als Kulturausschuss schon etwas Erfahrung, wenn ich an Länderinteressen und Bundesinteressen denke - wir haben es bei der Bundeskulturstiftung und der Kulturstiftung der Länder gesehen. Sie wissen, dass aus der Zusammenlegung der Stiftungen nichts geworden ist. Die Bundeskulturstiftung macht auch Auswärtige Kulturpolitik, sie hat ja auch diese Funktion. Deswegen sind wir sehr hellhörig, auch was die Entflechtungsdebatte betrifft. Wobei ich allerdings sagen muss, dass nicht jede Entflechtung negativ ist. Es gibt vielleicht auch manchmal ganz vernünftige Trennungen von Aufgaben. Deswegen möchte ich das auch nicht pauschalisieren.

Herr Schütte, Sie haben gesagt, dass sie den Schwerpunkt unter anderem auf neue Kooperationsformen legen. Das ist genau der Punkt. Wann haben wir die Gelegenheit, einmal fast alle Mittler der Auswärtigen Kulturpolitik in einem Raum zu haben? Meine Frage betrifft nicht nur die Kooperation des Goethe-Instituts mit Instituten anderer Länder, sondern auch die interne Zusammenarbeit. Welche Kooperationsformen gibt es bei Ihnen? Frau Limbach, Sie haben angedeutet, dass es da auch etwas

gibt. Mich würde einmal interessieren, wie diese Verflechtung aussieht und wo sie überall möglich ist? Ich hänge mich an diesem Wort Kooperationsform jetzt einmal auf, auch nach außen. Ich habe gelesen, dass die drei Länder Luxemburg, Deutschland und Frankreich gemeinsam in Luxemburg ein Institut, das Pierre Werner Institut, aufmachen. Das heißt, es geht jetzt auch mit anderen Ländern zusammen. Ich stelle jetzt einmal eine provokative Frage: Wie weit ist die Auswärtige Kulturpolitik deutsch und wie weit wird sie europäisch? Denn es gibt schon Ansätze einer europäischen Politik, wir suchen auch unsere Identität als Europäer. Wie weit drückt sich so etwas auch in Ihren Organisationen aus? Bei der Sprache ist es etwas anderes. Obwohl ich einmal sagen muss, dass ich nicht immer nur mit Freude sehe, wie in Frankreich und Deutschland versucht wird, mit aller Gewalt Platz zwei zu erreichen. Ich hoffe, dass es sich um einen freundschaftlichen Wettstreit zwischen den beiden handelt. Das ist wie beim Autorennen: Ferrari gewinnt immer, und um den zweiten Platz streiten sich dann die anderen. In der Tat legen wir in diesem Ausschuss großen Wert auf die deutsche Sprache; morgen beraten wir dieses Thema auch wieder im Plenum. Wir haben bei unseren Besuchen - wir reisen doch ab und zu einmal - etwas gelernt, das jetzt ganz konkret die Goethe-Institute betrifft. Die Sprachkurse der Goethe-Institute werden überall, wo man hinkommt, gelobt. Aber es gibt einen Punkt: Im Goethe-Institut vor Ort sagt man, dass man eigentlich noch viel mehr dieser guten Sprachkurse machen und damit auch noch viel mehr Geld einnehmen könnte - die Sprachkurse im Goethe-Institut sind ja nicht die billigsten -, dass es aber bürokratische Hindernisse gibt, die dem entgegenstehen. Zum Beispiel müssten die Personalstellen angehoben werden. Man hat eigentlich aus dem Apparat selbst heraus eine Sperre, die verhindert, dass man das Positive noch weiter ausweiten kann. Mich interessiert, wie weit Sie diese Diskussionen führen und ob es da eine Veränderung gibt - beispielsweise mehr Raum für Sprachkurse, die auch wiederum Einnahmen bedeuten, so dass das Geld auch für andere Programme genutzt werden könnte.

Abg. Claudia Roth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von meiner Vorrednerin und meinen Vorrednern sind schon einige Fragen gestellt worden. Ich möchte drei Punkte ansprechen, bei denen man tatsächlich zusammen in die Offensive gehen sollte, so wie die Kollegin Vollmer das gesagt hat. Wenn man sich anschaut, wie bedeutend die Arbeit in Ihren Institutionen und Organisationen im Zusammenhang mit neuen Herausforderungen ist, mit denen wir es zu tun haben, dann wird zu wenig daraus gemacht. Der erste Punkt, den ich ansprechen möchte, betrifft die neuen Herausforderungen. Herr Schütte, Sie haben die Globalisierung und die regionalen Krisen angesprochen. Wir haben es in der Tat wirklich mit internationalem Terrorismus und asymmetrischen Auseinandersetzungen zu tun, die man ganz sicher nicht nur in der militärischen Logik bekämpfen kann. Ich denke, wir müssen den Aktionsplan „Konfliktprävention“ der Bundesregierung, der im Mai kommen wird und dem in der Auswärtigen Kulturpolitik eine hohe Bedeutung eingeräumt wird, jetzt mit Fleisch füllen. Man muss die Bedeutung der Auswärtigen Kulturpolitik jetzt deutlich machen. Ich finde, dass Sie angesichts dieser neuen globalen Herausforderungen, mit denen wir es zu tun haben, die Bedeutung Ihrer Arbeit viel selbstbewusster deutlich machen können. In der international beachteten Rede, die Joschka Fischer bei der Sicherheitskonferenz in München gehalten hat, in der es um das neue Dreieck - transatlantische Beziehungen, Europa, Naher/Mittlerer Osten - und die Initiative für Stabilität, Frieden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ging, wurde der Auswärtigen Kulturpolitik große Bedeutung beigemessen.

Man muss deutlich machen, dass Auswärtige Kulturpolitik nicht etwas für Romantiker und für Träumer ist - ähnlich wie die Menschenrechte für die guten Menschen; nichts gegen gute Menschen -, sondern dass das knallharte Realpolitik, Friedenspolitik ist. Es handelt sich nicht nur um Konfliktprävention, sondern auch um Konfliktnachsorgung. Es ist Aufgabe des Auswärtigen Amtes, dass eine solche Rede nicht nur gehalten wird, sondern dass auch dementsprechend gehandelt wird. Ihre Aufgabe ist es, zu sagen, die und die Punkte, die können gemacht werden, da sind wir schon dabei.

Zweitens: Das, was Herr Huber gesagt hat, finde ich richtig und wichtig. Die Staatsministerin ist auch der Meinung, dass Kultur nicht im Widerspruch zu wirtschaftlichem Interesse steht, das hat sie bei der Filmdiskussion immer wieder betont. Wenn wir sagen, dass wir den deutschen Film fördern, dann beinhaltet das auch harte ökonomische Interessen. Herr Huber hat Recht, wenn er sagt, dass der Bildungsmarkt auch ein ökonomisches Interesse, ein Standortinteresse der Bundesrepublik Deutschland darstellt. Insofern ist es absurd, von Subvention zu sprechen. Es handelt sich vielmehr um eine sinnvolle Investition, um damit auch ökonomische Vorteile herauszuholen. Da sind wir insgesamt, und Sie auch, ein Stück weit zu defensiv. Sie haben die Zuwanderung angesprochen. Natürlich enthält das Zuwanderungsgesetz auch Regelungen, die Deutschland als Wissenschaftsstandort, aber auch als Exportnation braucht. In diesem Bereich muss man viel offensiver vorgehen.

Der dritte Punkt: Ich bin gerade mit der Sitzung der Menschenrechtskommission in Genf beschäftigt, die sechs Wochen dauert. Angesichts der durchaus dramatischen Lage in der Welt frage ich mich, was denn tatsächlich getan werden kann. Auch da hat natürlich - da schaue ich Frau Limbach an - die Arbeit der Goethe-Institute eine ganz enorme Bedeutung. Im Menschenrechtsausschuss ist gerade über Weißrussland gesprochen worden. Es ging um die Bedeutung der Europäisch-Humanistischen Universität und des Goethe-Instituts in Weißrussland, als einem Ort, an dem Menschenrechte geschützt und gefördert werden, auch als einem Ort der Hoffnung. Im Goethe-Institut in Kolumbien - eines von vielen Beispielen - hatte ich vor einigen Monaten eine richtig bewegende Begegnung. In einer Situation, in der systematisch Menschenrechte verletzt werden, in der es Gewalt gibt, präsentiert dieses Institut deutsche Kultur und öffnet Menschen Türen, um wieder Kraft zu schöpfen und um Argumente für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte zu bekommen. Dafür bedanke ich mich stellvertretend. Demokratien brauchen ein stabiles Fundament, eine Demokratie gibt es nur dort, wo es dieses stabile Fundament an Menschenrechten gibt. Ebenso ist das Erleben der eigenen Geschichte auch eine Voraussetzung für die Zukunft. Deswegen ist das, was Sie machen und was jetzt in Afghanistan passiert, natürlich von ungeheurer Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit von Staaten. Wir erleben neue Phänomene wie Failing States oder Nation Building. Da muss von der politischen Seite, aber auch von Ihnen, viel offensiver die Bedeutung Ihrer Organisationen, zum Beispiel die Arbeit des Deutschen Archäologischen Instituts - die buddeln nicht nur in der Vergangenheit - in Nation Building-Prozessen verdeutlicht werden. Wer keine Idee von der Geschichte und der Vergangenheit hat, dem fällt auch für die Zukunft nichts ein. Deswegen meine ich, wie der Kollege Barthel gesagt hat, dass wir uns schon wieder vor dem neuen Haushalt befinden und dass wir vor wirklich politischen Anforderungen stehen, bei denen sehr viel mehr an Input gegeben werden muss und auch gegeben werden kann.

Vorsitzende: Bildung ist sicherlich die Grundlage von Demokratie. Wir haben auch gesehen, dass Menschen gerade in Krisensituationen nach Kultur dürsten. Das ist uns in Afghanistan, als wir dort das Goethe-Institut eröffnet haben, aufgefallen. Wir haben auch den Bagh-e Babur Garten besichtigt, dessen Wiederherstellung wirklich eine ganz wichtige Sache ist. Jeder fragt zwar, warum man in einer kaputten Stadt so einen Garten wieder aufbaut. Es ist aber extrem notwendig, dass man auch genau diese Rückzugsmöglichkeiten hat.

Abg. Jörg Tauss (SPD): Ich möchte zwei kurze Anmerkungen machen - eine freundliche zur Union und eine unfreundliche - und auch eine Frage stellen. Zunächst einmal zum ersten Teil. Ich glaube, wir sind in der Tat ein Stück weit verbunden, Herr Nooke, zumindest hier im Ausschuss. In der Föderalismuskommission ist dann parteiübergreifend, je nach Blickpunkt, die Beurteilung der Sorge, über das, was da möglicherweise in dieser Föderalismusneuordnung geschieht, manchmal ein bisschen anders. Kürzlich hat - ich darf ihn nicht zitieren, er will es nicht -, eine wichtige Persönlichkeit aus dem Hochschulbereich gesagt: „Der Herr schütze uns vor unseren Rechtsprofessoren in der Kommission“. Ich stimme ihm in dieser Beurteilung vollständig zu. Denn es besteht die Gefahr, dass die Rechtsprofessoren - in diesem Fall handelt es sich nur um Herren – der reinen Lehre folgend in Art. 91a, 91b und in diversen anderen Artikeln unseres Grundgesetzes versuchen, sich selbst zu verwirklichen, ohne auf mögliche Folgen im Bereich Bildung, Forschung, Wissenschaft und Kultur Rücksicht zu nehmen. Diese Gefahr ist groß und so verstehe ich auch diesen Hilferuf, der sogar die oberen Instanzen mit einbezogen hat. In dieser Debatte wäre Ihre Stimme, Frau Limbach, auch in verfassungsrechtlicher Sicht, außerordentlich hilfreich. Ich glaube, Herr Stoiber und Herr Müntefering als Vorsitzende der Föderalismuskommission würden dies sicherlich auch aufgreifen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn es hier zu gemeinsamen Initiativen käme. Ich habe aus den Worten des Kollegen Nooke den Eindruck gewonnen, dass er dies ebenfalls begrüßen würde. Wenn ich aber jetzt zur Opposition so freundlich bin, muss ich auf der anderen Seite natürlich auch gleich den entgegengesetzten Rundumschlag machen. Ich bin Ihnen für das, was Sie zum Thema Einwanderungsrecht gesagt haben, sehr dankbar. Der gequälte Aufschrei des Kollegen Ronsöhr hat gezeigt, dass wir uns hier in der Tat in so einer Art Kulturkampf befinden. Ich bedanke mich dafür, dass Sie es angesprochen haben. Ich wundere mich nur sehr, dass sich der intellektuelle Bereich in Deutschland, egal ob aus Wissenschaft und Kultur, zu wenig an dieser Debatte „Wir verhindern, dass die besten Köpfe zu uns kommen, dass die Türen aufgemacht werden, frischer Geist hereinkommt und Austausch stattfindet“ beteiligt. Da würde ich mir noch verstärkt Stimmen wünschen. An dieser Stelle sind wir, zumindest auf dieser Seite, sehr gut aufgestellt.

Zu den Themen „Konzeptionelle Überlegungen“ und „Dialog mit dem Islam“ habe ich noch ein paar Fragen. Der Irak ist angesprochen worden. Herr Parzinger, Sie haben im Moment einen spannenden Kongress in Berlin - so viele Archäologen habe ich in meinem ganzen Leben noch nicht auf einen Haufen gesehen. Aus der Position, die Deutschland und auch Frankreich in der Irakfrage eingenommen haben, haben sich nun auch durchaus neue Interessen für Deutschland und für Frankreich ergeben. Sehen Sie auch für unsere Kulturarbeit neue Chancen, die sich aus dieser klaren Haltung heraus ergeben haben? Das ist letztlich eine hoch politische Frage. Zum Abschluss eine ganz profane Frage, denn Sie sitzen hier vor dem Parlament und wir haben auch oft genug mit Bürokratie zu kämpfen. Wir

haben es im Forschungsbereich sehr lange mit der Frage von Übertragbarkeit von Haushaltsmitteln, der Flexibilisierung von Stellenplänen und diesen Dingen zu tun gehabt. Ich habe gehört, dass im Auswärtigen Amt - ich meine jetzt natürlich nicht den Minister, der hier viel gelobt worden ist, sondern die Bürokratie - und vielleicht auch im Finanzministerium die Bürokratie noch so ausgeprägt ist, dass es ihre Arbeit nicht gerade erleichtert. Noch so viel zu den Debatten mit der Bürokratie - irgendjemand hat mir einmal gesagt, Stellenpläne hätten Verfassungsrang; ich habe nur gelacht, weil ich ein anderes Verständnis davon habe. Nutzen Sie doch einmal die Chance, uns noch ein paar Stichworte auf diesem Gebiet zu geben. Über ein paar Hinweise, wie wir Ihre Arbeit möglicherweise unterstützen können, wäre ich außerordentlich dankbar. Ich glaube, das gilt für uns alle.

Prof. Dr. Jutta Limbach (Präsidentin des Goethe-Instituts): Frau Vollmer hat gefragt, wie wir dahin geraten sind. Ich denke, wir alle hätten das Papier frühzeitiger lesen und uns vor allem seine Logik deutlich machen müssen. Dann wäre man sehr schnell dahinter gekommen, dass Subvention und Kultur und das, was man mit dem Papier eigentlich bekämpfen will, mit dem, was wir hier tun, wenig, eigentlich gar nichts zu tun hat. Frau Vollmer ist eine sehr strategische Denkerin. Sie hat nicht nur gemeint, wir sollten doch einmal deutlich machen, was Auswärtige Kulturpolitik im Grunde genommen für einen Stellenwert hat. Wir müssen uns nur davor bewahren, zu glauben, dass Auswärtige Kulturpolitik Politik ersetzt. Das gilt gerade im Bereich der Menschenrechte, die auch eine Art von politischer Gestaltung voraussetzen, die wenig mit Kulturpolitik, sondern die im Grunde genommen mit Substanzmitteln zu tun hat. Aber ich weiß, Frau Vollmer, dass Sie das gar nicht so definieren wollen. Hinzu kommt ein Zweites: Frau Vollmer hat nach einem gemeinsamen Masterplan für die islamische Welt gefragt. Das hört sich ganz berückend an. Ich möchte noch einmal deutlich machen, dass es gerade bei unserer Arbeit in der islamisch geprägten Welt sehr wichtig ist, dass wir nicht mit bevormundendem Gestus und Bekehrungseifer handeln. Darum dürfen wir nicht etwas unter dem Titel Masterplan in die Welt setzen, das so aussieht, als wollten wir diesen Leuten vorschreiben wie Staatlichkeit bei Ihnen zukünftig auszusehen hat. Wir müssen uns einfach klar machen, dass das noch ein langwieriger Prozess ist, dass wir geistige Bewegung auslösen können und so etwas wie eine Nachbarschaft des Geistes in Gang setzen können. In der Sache sind wir uns beide ganz einig. Darum eine Antwort auf die Fragen von Herrn Tauss und Frau Vollmer: Wir haben im Goethe-Institut zum Bereich Islam eine strategische Konferenz gehabt, in der wir uns erst einmal das entsprechende Expertenwissen über diese Welt und diese Religion verschafft haben, um dann gemeinsam zu überlegen, was wir tun können, um Stück für Stück in einen Dialog mit diesen Menschen zu treten, um nicht nur mit Intellektuellen und Oppositionellen, sondern möglicherweise auch mit regierungsnahen Kreisen ins Gespräch zu kommen und über unser Verhältnis von Religion, Politik, Kirche und Staat zu sprechen. Sicherlich ist das eine sehr gute Idee. Da haben wir die besten Absichten miteinander. Wir haben uns beim letzten gemeinsamen Mittagessen geschworen, dass wir auch über den einzelnen Mittler hinaus zusammenarbeiten wollen. Ein Kompliment sei dem ifa gemacht. In der Zeitschrift „Kulturaustausch“ gibt es auch eine Diskussion, an der wir uns beteiligen und die wir dabei auch aufnehmen.

Ich möchte noch auf eine Frage von Herrn Nooke eingehen, der wissen wollte, wie wir es mit den verschiedenen Aufgaben, die uns gestellt sind, mit den drei Säulen beim Goethe-Institut, der deutschen Sprache, dem Kulturaustausch, also der internationalen kulturellen Zusammenarbeit, und der

Wissens- und Informationsvermittlung, halten. Bei uns ist die Arbeit so verteilt, dass jeder seine Abteilungsleiter und seine Strategen kennt. Alles spielt die gleiche Rolle. Wir lassen uns in der Spracharbeit, das habe ich heute schon im Auswärtigen Ausschuss gesagt, nicht irre machen. Im Gegenteil, wir sind uns in allen Gremien des Goethe-Instituts einig, dass Mehrsprachigkeit ein Ziel ist, nicht nur der Europäischen Union, sondern auch des Goethe-Instituts, für das wir uns nicht nur in unserer unmittelbaren Nachbarschaft einsetzen. In Frankreich haben wir eine Sprachkampagne gestartet, aber wir arbeiten nach wie vor auch weltweit auf diesem Gebiet, weil wir meinen, dass Mehrsprachigkeit wirklich das erste Tor zu einer offenen Gesellschaft ist. Sprache ist ein Verständigungsmittel, aber nicht nur. Sprache ist auch Kultur. Darum nehmen wir das so wichtig. Wir haben mit anderen Institutionen wie dem Institut für Deutsche Sprache und der Gesellschaft für Deutsche Sprache den Deutschen Sprachrat gebildet, weil wir den Eindruck haben - ich schaue hier nicht im Kreise herum, Sie meine ich nicht -, dass wir Deutschen selbst unsere Sprache viel zu wenig schätzen und dass wir zunächst einmal in der eigenen Republik die Freude an der deutschen Sprache wieder beleben müssen, um dann den Rückenwind zu haben, den wir brauchen, um im Ausland erfolgreich arbeiten zu können. Es ist richtig, was Sie sagen Herr Barthel, wir könnten noch viel mehr Sprachunterricht geben, vor allem auch in Russland. Ich glaube, unsere Schwierigkeit besteht nicht nur darin, dass wir manchmal bürokratische Hürden zu überwinden haben. Ich denke, wir haben das Glück, dass wir jetzt Institutsleiter, die diese Probleme vor Ort erlebt haben, in die Zentrale zurückgeholt haben, wie unseren stellvertretenden Generalsekretär, so dass wir dieses Problem mit deren Hilfe meistern werden, um dafür Sorge zu tragen, dass noch mehr Sprachunterricht geleistet und durch die Ausbildung von Deutschlehrern ermöglicht werden kann, als das bisher der Fall war. Ich glaube, viele Dinge, die ich noch gerne gesagt hätte, sagt bestimmt einer meiner Kollegen. Darum soll der Nächste hier das Wort haben.

Dr. Andreas Schlüter (Generalsekretär des Goethe-Instituts): Ich versuche, mich ein bisschen auf das Thema „Budgetierung und neue Formen der finanziellen Steuerung“ zu konzentrieren. Was bringt das an Vorteilen? Das hat natürlich eine Reihe von technischen Aspekten, die sehr wichtig sind und von denen einige erwähnt worden sind. Da wäre die Flexibilisierung des Stellenplanes. Da haben die unterschiedlichen Mittlerorganisationen bereits einen ganz unterschiedlichen Stand erreicht. Der DAAD ist bereits relativ weit, das Goethe-Institut noch nicht. Das ist ein technischer Aspekt, die Bewirtschaftung des Stellenplanes. Ein zweiter Aspekt ist die Frage der Überjährigkeit, also der Übertragbarkeit von Mitteln zur Rücklagen- und Reservenbildung. Ein dritter Aspekt ist die Verrechnung von Dritteinnahmen. Nach dem jetzigen System werden Einnahmen von dritten Geldgebern auf den Zuschuss angerechnet, was nicht gerade die Motivation erhöht, sich um Drittmittel zu kümmern, wenn diese sofort mit anderen Einnahmen verrechnet werden. Neben diesen technischen Aspekten scheint uns ein mentaler Aspekt wichtig zu sein, nämlich die Frage nach einer anderen Form der Steuerung von Organisationen. Die Steuerung funktioniert jetzt input-orientiert. Man bekommt für ein bestimmtes Thema einen bestimmten Titel, einen bestimmten Betrag, der im Vorhinein festgelegt wird. Dann muss man das Geld bis zum Jahresende ausgeben. Man darf nicht mehr ausgeben. Was man nicht ausgegeben hat, muss man am Jahresende wieder zurückgeben. Das ist die jetzige Form der Steuerung. Dagegen ist die Budgetierung eine ganz andere Form, bei der nicht mehr input-orientiert gesteuert

wird. Vielmehr vereinbart man Ziele und überlegt dann, wieviel Geld man braucht, um die Kosten zu bestreiten, die notwendig sind, um diese Ziele zu erreichen. Das führt zu einer ganz anderen Form der Motivation der Mitarbeiter und des Umgangs mit den finanziellen Mitteln, weil nicht mehr das Geldausgeben, sondern die vereinbarte Zielerreichung in Verbindung mit den dafür notwendigen Kosten die Messlatte bildet. Die unterschiedliche Form der Steuerung ist die große Neuerung. Was das im konkreten Beispiel heißt, lässt sich sehr gut an den Sprachkursen darstellen, die gerade erwähnt worden sind. Bei den Sprachkursen haben wir unterschiedliche Einnahmesituationen. Es gibt Sprachkurse, die eine hohe Deckungsstufe erreichen, also fast alle Kosten abdecken, die damit verbunden sind. Eine Reihe von Kursen sind stark subventioniert. In Japan haben wir aus betriebswirtschaftlicher Sicht Vollkosten. Allerdings müssen wir andere Kurse subventionieren. Jetzt liegt es natürlich nahe zu sagen: Dort, wo wir wirklich die Kosten und sogar noch einen kleinen Überschuss erwirtschaften können, wie beispielsweise in Japan, stocken wir auf, um weitere Kursangebote zu machen. Aber genau da mangelt es bislang an den eingeforderten Flexibilitätmethoden. Wenn wir mehr Kurse anbieten wollen, müssen wir erst einmal zusätzliche Stellen beantragen. Erst beim AA, dann beim BMF. Dazu brauchen wir neue Räumlichkeiten, die wir ebenfalls erst beim AA und dann beim BMF beantragen müssen. Das Geld, das dort übrig bleibt, würden wir ganz gerne dazu benutzen, um andere Sprachkurse - beispielsweise in Russland, wo eine hohe Nachfrage besteht und wo wir die Kosten nicht decken können - zu subventionieren. Auch das dürfen wir nicht, weil die zusätzlichen Einnahmen wieder mit den alten Einnahmen verrechnet werden. Das ist eigentlich ein sehr gutes Beispiel, das zeigt, dass man flexiblere Formen der Steuerung braucht, um so zu reagieren, wie das gerade vorgeschlagen wurde. Nämlich dort, wo eine hohe Nachfrage an Kursen besteht, diese auch anzubieten und das verdiente Geld woanders hineinzustecken. Jetzt müssen wir das einzeln beantragen. Neue Formen der finanziellen Steuerung bringen mehr Flexibilität und ein Umdenken in der Mentalität der Mitarbeiter im Umgang mit dem Geld; das ist eigentlich das Wichtigste.

Dr. Georg Schütte (Generalsekretär der Alexander von Humboldt-Stiftung): Ich schließe mich den Ausführungen von Herrn Schlüter mit folgender Bemerkung an: Die Möglichkeiten, die die Budgetierung bietet, unterscheiden sich sicherlich auch nach der Art der Organisation. Das ist bei einer Organisation wie dem Goethe-Institut mit einem weltweiten Netzwerk, mit vielen Standorten und mit einer Zentrale anders als bei uns. Aus unserer Sicht stellt es sich so dar: Wir sind eine kleine Organisation. Wir sind an einem Standort und verfügen über eine überschaubare Anzahl von Mitarbeitern. Bei uns erfolgt die Diskussion über Ziele natürlich in den Verhandlungen mit unseren Geldgebern. Aber diese Ziele sind langfristig gesetzt und dann jeweils jährlich zu realisieren. Mit anderen Worten: Für uns würde die mit der Budgetierung verbundene Kosten- und Leistungsrechnung einen erhöhten Aufwand an Softwarekosten, an Umschulung und an zusätzlichem Personal bedeuten. In Ihrem Hause würde das - so habe ich inzwischen gelernt - 25 zusätzliche Stellen für die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung bedeuten. Mir graut ein wenig davor, wenn ich andererseits im Moment die globale Minderausgabe und andere Herausforderungen bewältigen muss, die sowieso schon den ganzen Personalkörper verringern. Für uns würde die Budgetierung zu neuen Steuerungselementen und neuen Steuerungsmethoden führen. Mir ist es wichtig, Kostentransparenz herzustellen bzw. die Kosten, die wir haben, nach außen zu vermitteln. Mir ist auf alle Fälle wichtig, dass wir uns über die Ziele

dieser Politik verständigen. Ich würde gerne noch darüber sprechen, welchen Weg wir im Hinblick auf die Budgetierung gehen müssen, um zu einer organisationsangepassten Lösung zu kommen.

Eine weitere Anmerkung zum Bereich der Kooperation. Ich bin seit drei Monaten in der Organisation, die ich jetzt leite. Es gibt zwei Antworten, die ich nicht gerne höre. Erstens: Das haben wir schon einmal probiert und es hat nicht geklappt. Die zweite Antwort heißt: Das machen wir doch schon längst. Solche Antworten will ich Ihnen nicht geben. Zwei Antrittsbesuche waren in den ersten drei Monaten meiner Amtszeit sehr wichtig. Zum einen habe ich Herrn Schlüter in München besucht. Wir haben vereinbart, wie wir in Zukunft regionale Schwerpunkte unserer Arbeit besser koordinieren können. Wir werden dies tun und uns jetzt regelmäßig treffen. Die zweite Veranstaltung war mit Herrn Bode in Griechenland, um gemeinsam ein Alumni-Treffen unserer beiden Organisationen durchzuführen. Beides zeigt, dass dies sinnvoll ist und dass die Arbeit unserer Organisationen ineinander greift. Die strukturelle Aufstellung ist in dem Sinne historisch nicht mehr neu, aber immer noch sinnvoll. Am Goethe-Institut wird die Spracharbeit gemacht. Der DAAD gewinnt die jungen Leute für Deutschland. Wir halten das wissenschaftliche Interesse auf Dauer und haben das weltweite Netzwerk, um dies lebenslang zu pflegen. Da gibt es eine Aufgabenteilung, die in der Struktur angelegt ist und die sinnvoll ist. Aber ich greife auf jeden Fall Ihre Anregungen auf. In der Tat, wir müssen diese Aufstellung nach außen deutlich machen, wir müssen sie themenorientiert deutlich machen und in gewisser Weise möchte ich den Ball auch zurückspielen. Wir können das auch mit Ihrer Hilfe deutlich machen, indem wir gemeinsam auftreten, gemeinsam veranstalten und sehen, wie wir dieses Momentum gemeinsam nutzen können, um einerseits über Herausforderungen und andererseits über unsere spezifischen Antworten zu reden.

Wie sind die spezifischen Antworten? Die sind nicht immer ein aktuelles Pflaster auf die vorhandenen Wunden. Wir können nicht das, was Kriege zerstören, hinterher konfliktbereinigend und friedenssichernd direkt wieder aufbauen. Aber wir können über langfristig angelegte Arbeit eine Basis schaffen, so dass nach solchen Konflikten wieder Dialoge möglich sind. Die sind dann, wenn wir über die islamische Welt sprechen, in unterschiedlicher Form möglich. Es gibt aktuelle Angebote des Goethe-Instituts, die direkt am Ort sein können, oder Angebote des ifa mit Kunstausstellungen. Der DAAD kann junge Menschen fördern, die zum Studium hierher kommen. Die Humboldt-Stiftung kann erst dann ansetzen, wenn es in diesen Ländern auch wieder wissenschaftliche Strukturen gibt, so dass wir Kooperationsbeziehungen herstellen. Das heißt, auch da gibt es zum Teil zeitlich versetzte Reaktionsmöglichkeiten, aber in der Anlage unserer Arbeit sind immer Präventionsmöglichkeiten vorhanden. Die Herausforderung in der Darstellung ist, dass das Interesse an unserer Arbeit häufig kurzfristig ist. Es ist dann da, wenn der Aufschrei kommt und mit Koch-Steinbrück die Krise da ist. Vielfach arbeiten wir nicht in der Krise, sondern im Verborgenen. Wir müssen die Ansatzpunkte identifizieren, mit denen wir diese Arbeit, die langfristig angelegt ist und im Verborgenen passiert, immer wieder an Beispielen deutlich machen.

Prof. Dr. Max Huber (Vizepräsident des Deutschen Akademischen Austauschdienstes): Frau Vorsitzende, ich bin zutiefst von den Fragen beeindruckt, die Sie gerade gestellt haben. Ich finde darin nicht nur eine ungeheure Sympathie für unsere Aufgaben, sondern auch ein hohes Verständnis und

eine hohe Kompetenz. Ich würde gerne, aber das geht nicht, auf viele dieser Punkte näher eingehen. Lassen Sie mich vielleicht auf drei Punkte kurz eingehen. Frau Vollmer, Sie haben die Sprache erwähnt. Sprache ist ein ganz wichtiges Element für die Verständigung, auch für die dauerhafte Bindung. Nur beim Instrumentalen, beim Prozedere, kommt es dann darauf an. Wenn Sie zum Beispiel einen jungen begabten Chinesen haben, der in Deutschland an einem bestimmten Max-Planck-Institut Mathematik studieren will oder an einer anderen Universität in Mathematik promovieren will, dann wird es außerordentlich schwierig, dem zu sagen: Geh´ erst einmal für ein halbes Jahr in ein Goethe-Institut und lerne Deutsch und setze dann deine Studien in Mathematik fort. Vor ein paar Jahren haben wir die sogenannten auslandsorientierten Studiengänge eingeführt, die sich als ein großer Erfolg herausgestellt haben. Wir unterrichten gewisse Fächer, insbesondere Natur- und Ingenieurwissenschaften, für Leute, die kein Deutsch können, auf Englisch, bieten ihnen aber einen Deutsch-Sprachkurs an. Man höre und staune, nach einem, spätestens nach zwei Semestern, können die alle Deutsch. Die haben deutsche Freunde, deutsche Freundinnen. Das ist kein Patentmittel, aber für einen gewissen Teil von Leuten, die sonst nicht zu uns kommen würden, bieten die auslandsorientierten Studiengänge eine Möglichkeit, zu uns zu kommen und eben dann auch die deutsche Sprache kennenzulernen. Insgesamt ist das aber ein großes Problem. Die Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut draußen in der Welt und auch hier in Deutschland ist hervorragend und geschieht ohne irgendwelche Reibungen. Im Gegenteil, es ist geradezu erfreulich, mit dem Goethe-Institut zusammenzuarbeiten, gerade auch in diesem Punkt. Herr Nooke, Sie haben nach dem Ruf der deutschen Hochschulen gefragt. Es wurde vorhin schon erwähnt, dass die deutschen Hochschulen im Ausland einen sehr guten Ruf haben. Ihr Ruf ist viel besser, als wir das im Inland wahrhaben wollen. Wir müssen Aufmerksamkeit wecken und sie auf die Angebote und die Möglichkeiten lenken, die es in Deutschland gibt. Dann kommen die Leute und interessieren sich dafür. Der Ruf ist also trotz der bestehenden Schwierigkeiten, wie etwa den schlechten Betreuungsverhältnissen, gut. Aber in einigen Fächern, insbesondere den Natur- und Ingenieurwissenschaften, ist das alles hervorragend und man kommt gerne zu uns.

Frau Roth hat eine interessante Frage gestellt, und mehrere von Ihnen haben darauf hingewiesen, dass wir die Chancen, die in diesem expandierenden Bildungsmarkt liegen, nutzen müssen. Aber da gibt es viele Probleme. Ein wichtiges Problem, das einer sorgfältigen Überlegung bedarf, ist die Finanzierung. Meine Damen und Herren, wir haben 200.000 ausländische Studierende, präter propter 250.000. Ich will jetzt nicht sagen, wie vielen Universitäten das entspricht. Wenn sich aber jetzt, was für 2014 vorausgesagt wird, dieser globale Bildungsmarkt von zwei auf vier Millionen verdoppelt und wir unseren Marktanteil wenigstens wahren wollen, dann hieße das, dass wir weitere 200.000 Studienplätze für Ausländer bereitstellen könnten. Abgesehen davon, dass man das tun müsste, stellt sich Frage, wie man das finanziert. Kann man eigentlich legitimerweise von uns, vom deutschen Steuerzahler, von den deutschen Volksvertretern erwarten, dass wir diese Bildungsdienstleistung kostenlos anbieten? Wir sind nahezu die Einzigen unter den großen Bildungsexporteurern, die keine Gebühren erheben. Die anderen verdienen daran. Die Australier, die ungefähr so viele ausländische Studierende haben wie wir, verdienen an den ausländischen Studierenden. 16 Prozent ihres Exporterlöses sind Bildungsdienstleistungen. Die Amerikaner nehmen 14 Milliarden Dollar pro Jahr durch Studiengebühren und Lebenshaltungskosten ein. Das heißt, wir müssen dieses für uns außerordentlich schwierige Thema der Finanzierung von Studienleistungen zumindest für Ausländer sorgfältig dis-

kutieren. Das können wir jetzt in der Kürze der Zeit nicht machen. Ich möchte nun noch auf einen Punkt zurückkommen, der verschiedentlich angesprochen worden ist, nämlich den Beitrag, den diese jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für die Forschungskapazität und die Forschungskompetenz in Deutschland liefern. Dieser Punkt wird weitgehend nicht angesprochen bzw. geradezu ignoriert. Ich möchte daran erinnern, dass die Vereinigten Staaten von Amerika ihre Innovationskraft - sage ich jetzt einmal - zur Hälfte von Ausländern bekommen. 50 Prozent der Doktoranden an naturwissenschaftlichen und ingenieurwissenschaftlichen Fakultäten sind Ausländer. 60 Prozent der Post-Doc's in diesen Bereichen sind Ausländer. Sehr viele Wissenschaftler sind Ausländer. Inzwischen ist ein Teil davon naturalisiert und gilt nun als Amerikaner. Das heißt, die Amerikaner leben zu einem guten Teil in ihrer Innovationskraft von den Ausländern. Die Innovationskraft ist wieder notwendig für die guten und attraktiven Produkte und damit für die teuren Exportprodukte und das hohe Lohnniveau, das sie sich leisten können. Das ist eine ganz eindeutige Spirale. Wir müssen viel aggressiver und offener sein, um kompetente Ausländer in unser Land hereinzulassen. Wir müssen um die Leute in den hoch innovativen Bereichen werben. Damit will ich meine Ausführungen beenden und mich noch einmal herzlich für die vielen Anregungen bedanken. Wir haben uns alle Notizen gemacht und werden diese sicherlich weiter bedenken. Die Frage des Masterplans ist eine Frage von vielen, die wir in den nächsten Monaten weiter diskutieren werden.

Vorsitzende: Vielen Dank Herr Huber. Auch wenn Ihre Eingangsbemerkung lobend an uns Abgeordnete gemeint war, so möchte ich doch einmal zu mir und meinen Kollegen anmerken, dass wir alle auch irgendeinen beruflichen Hintergrund haben, viele auch ein Studium abgeschlossen haben. Es ist also nicht so, dass wir uns grundsätzlich in Unkenntnis bewegen.

Dr. Christian Bode (Generalsekretär des Deutschen Akademischen Austauschdienstes): Ganz kurz wenige Worte zu Kairo, Frau Vollmer. Zunächst einmal müssen wir respektieren, dass es sich um eine ägyptische Privatuniversität handelt, die von ägyptischen Investoren mit sehr, sehr begrenzter deutscher Hilfe - die Hilfe liegt im Know-how, nicht im Geld - gemacht wird. Aber alle bekommen dort den obligatorischen Sprachunterricht in Deutsch. Wir errichten dort auf Kosten des deutschen Steuerzahlers ein deutsches Sprachzentrum und ein deutsches Kulturzentrum, das sich als ein Kristallisationspunkt herausbilden wird. Herr Nooke, zu den Mitteln. Wir haben, wenn man alle öffentlichen Geldgeber zusammenrechnet, in diesem Jahr 15 Millionen Euro weniger als im letzten Jahr. Davon nur drei Millionen minus beim AA. Zur Flexibilität möchte ich nur sagen, dass für uns der 31. Dezember eines jeden Jahres das Schlimmste überhaupt ist. Alles andere ist im Vergleich dazu zweit- und drittklassig. Da haben wir inzwischen alle Methoden entwickelt, wie man hinter dem Busch und vor dem Busch und unter ihm durchgeht. Aber der 31. Dezember ist ein Unsinn allerersten Ordnung, das wissen Sie alle selbst. Die Länder haben dieses Datum teilweise bereits für irrelevant erklärt und ihren Hochschulen zum Teil die Überjährigkeit gegeben. Aber der Bund hält hartnäckig an der Restebildung fest, mit der der Finanzminister fest rechnet. Er liegt mitten im akademischen Jahr - da leuchtet es ein, dass das nie passt. Zu Europa und zur Bildungspolitik möchte ich nur sagen, dass eine europäische auswärtige Kulturpolitik beginnt, die allenthalben noch nicht bemerkt wurde, die aber auch ein lohnendes Thema ist. Mit eigenen Mitteln der EU, an denen wir zum Teil, aber nicht ausreichend, partizipie-

ren. Dies ist vielleicht noch einmal ein eigenes Thema. Nun noch ein letztes Thema, zu dem mich Frau Roth animiert hat. Ich glaube, im Vermarkten von Deutschland nach draußen sind wir schlecht. Vielleicht sind wir auch zu schlecht im internen Marketing und vielleicht sollten wir ernsthaft gemeinsam darüber nachdenken, wie wir professionelle Marketingleute für unser Anliegen innenpolitischer Art organisieren können. Ich glaube, eine Plattform dafür wäre da. Vielleicht ist das wirklich einmal eine lohnende Frage. Frau Vorsitzende, aufgrund einer Fehlplanung bzw. Fehleinschätzung müssen Herr Huber und ich einen Termin in Bonn wahrnehmen und uns jetzt leider entschuldigen.

Vorsitzende: Sie haben Ihre Wortmeldung doch zu Ende bringen können, das ist schön. Herzlichen Dank für Ihren Besuch. Wenn Sie ein paar Anregungen mitgenommen haben, ist das ja auch gut. Ich wünsche Ihnen eine gute Reise.

Alois Graf von Waldburg-Zeil (Präsident des Instituts für Auslandsbeziehungen): Herr Nooke, es ist erstaunlich, was für einen guten Ruf wir genießen. Wenn man versucht, in islamischen Räumen mit Ausstellungen zu agieren, kommen die Besucher in Massen. Das Auswärtige Amt ist sehr erfreut, wenn es dann nachher entsprechend anknüpfen kann. Eine Gefahr der Überlastung besteht nicht, wenn die Projekte entsprechend finanziert sind. Das Problem ist nur immer, dass man nicht nur projektfinanziert arbeiten kann, sondern dass man natürlich auch den Grundbestand an Personal dafür haben muss. Eine Mischfinanzierung ergibt sich allein daraus, dass es immer eine Reziprozität der Kulturbeggnungen gibt. Was wir an Problemen konfliktverhindernder Art mit Kulturen im Ausland haben, spiegelt sich durch die Migration in unseren großen Städten wider. Insofern haben wir zum Beispiel ein enges Verhältnis zur Stadt Stuttgart, um die dortigen Probleme aus der Erfahrung unserer internationalen Bemühungen aufzugreifen. Herr Barthel, wir geben ja einen Pressespiegel heraus und es war interessant, dass es in der letzten Ausgabe nur Artikel über die Auswärtige Kulturpolitik gab. Das ist eigentlich das Allerpositivste an dieser Debatte gewesen. Ich habe schon lange nicht mehr erlebt, dass die Presse so ausgiebig über Auswärtige Kulturpolitik berichtet hat. Frau Roth - und das betrifft auch die Frage von Frau Vollmer zu einem Masterplan -, zur Umsetzung von Menschenrechten, zu Rechtsstaat und Demokratie. Das Schwierige am Dialog ist, dass wir nicht eine abendländische Bevormundung betreiben können, sondern dass wir dem Partner auf gleicher Augenhöhe begegnen müssen und ihn auch das sagen lassen, was ihn bedrückt. Wir haben gerade ein Projekt durchgeführt, bei dem führende muslimische Vertreter ihre Meinungen niedergeschrieben und in einem Band veröffentlicht haben. Es bestanden zum Teil erhebliche Bedenken, ob man so etwas überhaupt schreiben kann. Wir müssen sie auch das sagen lassen, was sie sagen wollen, nur dann kommt man zu Ergebnissen. Wir sind immer noch zu sehr in dem Gedanken befangen, dass Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie europäische Werte sind, die die anderen annehmen müssen. Im Grunde genommen finden wir in der Kulturbeggnung dieselben Werte auch in den anderen Kulturen, wir müssen sie nur gemeinsam und miteinander ansprechen.

Dr. Kurt-Jürgen Maaß (Generalsekretär des Instituts für Auslandsbeziehungen): Sie haben gefragt, wie es uns finanziell geht. Man muss ganz klar sagen: Es geht uns nicht gut, auch wenn Kochsteinbrück verhindert wird. Wir haben in den letzten Jahren, eigentlich seit 1995, erhebliche Einbußen

- bis zu einem Drittel des Budgets - hinnehmen müssen. Unser Etat für den internationalen Kunstaustausch ist auf dem Stand von 1975. Auf die realen Preise und die Kaufkraft bezogen, ist das mehr als eine Halbierung, obwohl wir seit 1989 mit einer größeren Welt zusammenarbeiten. Wir arbeiten sehr eng mit den anderen Organisationen zusammen, vor allem mit dem Goethe-Institut im Ausland. Denn der größte Teil der Ausstellungen wird natürlich über die Goethe-Institute im Ausland angeboten, das sind gemeinsame Veranstaltungen. Bei Gesprächen im Auswärtigen Amt, bei Werkstattgesprächen über die Länderstudien sind auch immer andere Mittler, andere Partner aus dem öffentlichen und dem semi-öffentlichen Bereich und auch aus dem Bereich der Stiftungen zugegen, mit denen wir uns dann gemeinsam überlegen, wo Defizite sind und wo wir eventuell durch Synergie und durch ein stärkeres Miteinander unsere Aktivitäten verknüpfen können, um mehr zu erreichen als bisher. Wir haben im letzten Jahr in Berlin eine Konferenz zum Thema „Europäische Außenkulturpolitik“ gemacht, bei der Frau Limbach die Festrede gehalten hat. Hierbei hat sich gezeigt, dass in der europäischen Kulturpolitik noch ein großes Potenzial weiterer Zusammenarbeit liegt, dass dies ein Feld ist, das überhaupt erst beginnend beackert wird. Das Goethe-Institut wird in diesem April mit einer großen Tagung fortfahren. Herr Nooke, Sie sind an der großen Konferenz im Herbst beteiligt. Wir werden im Herbst eine EU-Tagung machen, zu der wir unsere Partnerorganisationen bzw. die Partner in den nationalen Administrativen der Auswärtigen Kulturpolitik zum Thema „Wie geht Ihr mit der Vermittlung zeitgenössischer Kunst weltweit um?“ einladen werden. Wir wollen dabei unsere Strategien vergleichen und sehen, wie das von den verschiedenen Ländern organisiert wird. Ich bin überzeugt, dass wir - nicht sofort, aber in fünf, sechs, sieben Jahren - zu einer wesentlich engeren Zusammenarbeit mit Partnern in anderen Ländern der EU kommen werden und dadurch außerhalb Europas sicherlich auch wesentlich gemeinsamer auftreten, als das heute der Fall ist. Ich habe kürzlich gesehen, dass die Österreicher - das ist ein hochinteressantes Beispiel - in Peking ein Central European Cultural Institut planen, das sie gemeinsam mit der Tschechischen Republik, der Slowakei, Slowenien und Ungarn betreiben wollen. Das ist ein praktisches Beispiel, wie sich etwas tun kann und auch tun wird. Ich glaube, dass es in unser aller Köpfe ist, dass wir an jeder Art von Vernetzung, von Kooperation miteinander im Land und außerhalb Deutschlands interessiert sein müssen.

Prof. Dr. Dr. Hermann Parzinger (Präsident des Deutschen Archäologischen Instituts): Sie haben erklärt, dass wir im Prinzip zu defensiv sind. Wir müssen erst noch lernen, offensiver zu handeln. Als Wissenschaftler kann man nichts Schlimmeres machen, als zu trommeln und klar zu machen, das man wichtig und bedeutend ist. Dann ist man eigentlich schon out. Natürlich ist es in der heutigen Zeit wichtig, die Bedeutung dessen, was man für die Gesellschaft und für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik macht, darzustellen. Zur widerspruchsfreien Hinnahme von Koch-Steinbrück: Als ich vor über einem halben Jahr das erste Mal von Koch-Steinbrück gehört habe, habe ich sofort erste Gespräche geführt. Mir haben aber alle gesagt, dass das falsch sei, dass das gar nicht sein könne und dass ich mir keine Sorgen machen müsse. Die haben wir uns deshalb nicht gemacht, bis dann eben das Problem vor der Tür stand. Mehr möchte ich dazu nicht mehr sagen. Die Kooperation mit den anderen Mittlern ist bei uns anders als bei den übrigen Organisationen, die hier am Tisch sitzen. Aber auch hier gibt es Möglichkeiten. Es gibt bereits das Deutsche Haus in Damaskus, in dem das Goethe-Institut, der DAAD und eben auch das DAI zusammen vertreten sind. Ähnliches ist für Bagdad vorge-

sehen und man könnte sich so eine Kooperation auch in Teheran vorstellen. Diese Kombination und auch gemeinsame Veranstaltungen, wie etwa beim internationalen Zentrum der Buchmesse, bei der auch alle Mittler auftreten, sind durchaus sinnvoll. Die europäische Vernetzung spielt bei uns eine ganz große Rolle. Wir haben natürlich in der Abstimmung unserer Forschungsprogramme nicht in den traditionellen Ländern wie im Mittelmeerraum, sondern gerade im eurasischen Raum, im Vorderen Orient, in Südamerika schon Absprachen mit anderen europäischen Forschungsgruppen, in Frankreich zum Beispiel mit dem Centre National de la Recherche Scientifique (CNRS). Wir treffen uns eigentlich regelmäßig und tauschen unsere Erfahrungen aus, nehmen auch unterschiedliche Forschungsschwerpunkte wahr, die einander ergänzen. Ich erwähnte in meinem kurzen Einführungsvortrag auch ein Projekt in Rom, das zum Beispiel die Italiener bezahlen und bei dem das DAI das Know-how in einem bestimmten Bereich bringt, in dem es die Italiener nicht haben. Umgekehrt wird das natürlich genauso gemacht. Wir - Belgier, Franzosen und Deutsche gemeinsam - haben jetzt gerade vor, bei der UNESCO ein Projekt für das Altai Gebirge zu beantragen. Da passiert eine ganze Menge.

Über die Flexibilisierung des Haushaltes ist viel gesagt worden. Bei den Berichterstattergesprächen im letzten September haben die Berichterstatter das Thema fraktionsübergreifend angesprochen. Wir sind so verblieben, dass wir in unserem konkreten Fall so verfahren werden - bei uns läuft gerade eine Organisationsuntersuchung, die auch speziell diesen Fall untersuchen wird. Einer der Haushälter sagte: „Wo nichts ist, da kann man auch nicht viel flexibilisieren“. Das ist in gewisser Weise richtig, aber man wird sehen, was dabei herauskommt. Der 31. Dezember, der ist für uns natürlich genauso fatal wie für alle anderen auch. Was uns - wir sind im Vergleich zu den anderen hier am Tisch sitzenden keine große Einrichtung - aber noch bewegt, ist die Haushaltsstellenentwicklung allgemein. Wir verlieren jedes Jahr drei Stellen. Sie können, wenn Sie ein Projekt in den klassischen Ländern machen, viele ausgebildete Spezialisten finden. Für den Mittelmeerraum und Teile des Nahen Ostens können Sie immer Leute finden. Wenn es aber gerade um Afghanistan geht, ist das schwierig. Das Projekt in Afghanistan wird von einer Dame geleitet, die ich über ein DFG-Projekt eigentlich für Pakistan angestellt habe. Sie wird dann immer freigestellt und bekommt über Mittel des Auswärtigen Amtes immer wieder einen Vertrag. Dies ist nur ein Beispiel. Man muss immer Kunststückchen vollführen, um die kompetenten Leute für solche Dinge zu finden. Denn für solche Länder wie Afghanistan und Zentralasien haben wir nicht zehn promovierte Spezialisten von den Universitäten, die das übernehmen könnten. Wir brauchen gerade für unsere Planung in den kulturpolitisch schwierigen Ländern, in denen wir wirklich viel beitragen können, eine gewisse Planungssicherheit und Zeit. Die Leute müssen den kulturellen Background haben, sie kommen nicht als Techniker dorthin, sonst kann man auch einen Vermesser schicken, sie müssen vielmehr den ganzen kulturellen Background mitbringen. Das ist ein Problem, bei dem wir mit den Stellenkürzungen wirklich zu kämpfen haben. Zum Abschluss noch kurz zur deutschen Sprache. Ich kann nur bestätigen, dass die Attraktivität der deutschen Universitäten in den Altertumswissenschaften riesig ist. Ich habe selber zwei Doktoranden aus Russland und eine Doktorandin aus Tadschikistan. In dem Bereich, den ich überblicke, ist die Attraktivität in keinster Weise beeinträchtigt. In Russland stelle ich seit über zehn Jahren fest, dass nicht nur im Bereich der Altertumswissenschaften, sondern überhaupt - das bestätigt auch das, was vom Goethe-Institut gesagt wurde - eindeutig Englisch, die Sprache des Internets, bevorzugt wird. Aber nach dem Englischen kommt sofort das Deutsche. Das gilt auch für viele osteuropäische Länder,

das gilt auch für Mittelasien. Das ist wirklich eine ganz wichtige Aufgabe, zu der wir einen bescheidenen Anteil beitragen können.

Vorsitzende: Ich glaube auch, dass das ein ganz wichtiger Punkt ist. Ich finde es übrigens sehr interessant, dass in Afghanistan viele der Projekte von Frauen geleitet werden. Es ist schön zu hören, dass Frauen mit großem Engagement dahin kommen und es offensichtlich auch geht. Vielleicht ist die Budgetierung in diesem Bereich ein ganz guter Punkt, weil Sie dann zusätzlich Leute auch „ohne Stellenplan“ einstellen und für bestimmte Projekte verpflichten können. Das wäre dann selbst für ein Institut wie das DAI eine gute Möglichkeit. Ich sehe, dass wir eben sehr unterschiedliche Schwerpunkte haben. Beim Goethe-Institut ist es gewiss am offensichtlichsten, dass das funktionieren könnte. Bei der Alexander von Humboldt-Stiftung werden Menschen gefördert, das kostet eine bestimmte Summe, ob Sie das budgetiert haben oder nicht, ist eigentlich relativ egal. Da kann ich die Unterschiede sehr gut erkennen. Insofern denke ich, dass es sicherlich individuelle Lösungen werden müssen. Das Wichtige ist, dass man mit dem Geld umgehen kann und es nicht abliefern muss. Das ist die Strategie, die dahinter steckt. Ich glaube, wir haben heute alle wieder viel gelernt. Wir bedanken uns ganz herzlich. Wenn der Austausch auch zu Ihrem Weiterdenken beigetragen hat, dann ist das im beiderseitigen Sinne. Es ist gut, die Zweibahnstraße, die wir im AKP-2000-Konzept haben, auch zwischen Politik und den Mittlern vermitteln. Ich hoffe, dass Sie dann das eine oder andere Mal auch an uns denken, dass Sie uns vielleicht einbeziehen, wenn Diskussionsrunden oder Präsentationen stattfinden. Ich habe schon öfter gesehen, dass es irgend etwas Interessantes oder Spannendes gibt. Wenn wir aber erst drei Tage vorher Kenntnis davon erlangen, können wir Abgeordnete in der Regel so kurzfristig an solchen Terminen nicht teilnehmen. Die Abgeordneten würden sich sicherlich freuen, auch einmal mit auf einem Podium zu sitzen. Vielleicht kann man das mit einbeziehen, dass nicht nur eine Regierung, sondern auch ein Parlament existiert. Herzlichen Dank für Ihr Kommen. Ich hoffe auf eine weitere gute Zusammenarbeit.

Tagesordnungspunkt 2 a

Antrag der Abgeordneten Monika Griefahn, Eckhardt Barthel (Berlin), Siegmund Ehrmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Dr. Antje Vollmer, Claudia Roth (Augsburg), Ursula Sowa, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Auswärtige Kulturpolitik stärken

BT-Drucksache 15/2659

Tagesordnungspunkt 2 b

Antrag der Abgeordneten Günter Nooke, Dr. Friedbert Pflüger, Bernd Neumann (Bremen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik stärken

BT-Drucksache 15/2647

Tagesordnungspunkt 2 c

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2002

BT-Drucksache 15/2258

Tagesordnungspunkt 2 d

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2001

BT-Drucksache 14/9760

Vorsitzende: Wir haben auf unserer Tagesordnung noch weitere Tagesordnungspunkte, die beiden Anträge zur Auswärtigen Kulturpolitik, aber auch die beiden Berichte 2001 und 2002. Ich denke, dass diese mitbehandelt worden sind und wir sie in der nächsten Sitzung abschließen können. Ist das in Ihrem Einverständnis oder wie sollen wir damit umgehen? Soll noch einmal explizit dazu geredet werden? Das können wir gerne machen.

Abg. Günter Nooke (CSU/CSU): Ich bin auch der Meinung, dass wir die Anträge in der Diskussion mitberaten haben. Da Herr Barthel auf meinen Vorschlag im Obleutegespräch nicht eingegangen ist, würde ich die Mittler natürlich gerne noch fragen, welchen der beiden Anträge wir als Grundlage für die Beratung nehmen sollen. Da in unserem Antrag schon in der Überschrift von der Bildungsarbeit gesprochen wird, fände ich es eigentlich gut, dass wir uns dann wenigstens bis zum nächsten Mal einigen würden, so dass wir dann einen gemeinsamen Beschluss hinbekommen und nicht bloß in dieser Sitzung und im Parlament Einheit demonstrieren, in der Abstimmung in nichtöffentlicher Sitzung aber wieder einen schlechten Antrag annehmen, nur weil er von der Koalition ist.

Abg. Eckhardt Barthel (SPD): Wie Sie merken, sind wir jetzt bei den Interna.

Vorsitzende: Wir haben immer noch eine öffentliche Sitzung und wir haben noch die beiden Anträge von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU/CSU sowie die beiden Berichte auf der Tagesordnung. Ich möchte das nur der Vollständigkeit halber sagen. Ich habe auch gedacht, dass wir die Anträge inhaltlich mit diskutiert hätten.

Abg. Eckhardt Barthel (SPD): Herr Nooke, Sie wissen, dass wir im Kulturbereich oft identische Positionen haben und auch schon mehrfach gemeinsame Anträge formuliert haben, die wir von Anfang an zusammen erarbeitet haben. Jetzt haben wir aber zwei Anträge, die sich in der Tat nicht wesentlich unterscheiden und die beide mit warmen Herzen geschrieben worden sind. Aber daraus nun einen ganz neuen Prozess machen? Sie können mit unserem Antrag leben. Wenn Sie unserem Antrag zustimmen, dann haben wir einen einheitlichen Antrag und auch eine Geschlossenheit. Wenn wir mit der Diskussion anfangen, dann müssen wir die ganzen Punkte, die Sie aufgeschrieben haben, besprechen - es beginnt damit, dass die Mittler der Auswärtigen Kulturpolitik positiv über Deutschland berichten. Ich frage mich, was ist positiv? Das löst Diskussionen aus, zu denen ich jetzt, weil ich um 18.15 Uhr zu einer Ausstellung von iranischen Künstlern im Haus der Kulturen der Welt gehen möchte, keine Lust mehr habe. Zudem haben wir vereinbart, keine Diskussion zu führen. Aber ich bin gerne bereit, dass wir das nächste Mal nicht nur, wie in der Obleuterunde eigentlich abgesprochen, abstimmen, sondern doch darüber diskutieren. Jetzt kommen wir aber in Zeitdruck.

Vorsitzende: Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass wir uns - und da sind Sie auch alle herzlich zu eingeladen worden - im Haus der Kulturen der Welt die Ausstellung "Entfernte Nähe - Neue Positionen Iranischer Künstler" anschauen und mit qualifizierter Führung auch besprechen können. Das passt auch zu unserem Thema "Dialog mit dem Islam." Außerdem haben wir heute die Möglichkeit, das miteinander zu tun. Ich bin davon ausgegangen, dass die Diskussion heute alle inhaltlichen Positionen, die zum Themenbereich Auswärtige Kulturpolitik auch parteiübergreifend formuliert worden sind, abgedeckt hat und dass wir die Anträge nächste Woche abstimmen können. Sie werden auf der nächsten Tagesordnung stehen. Wenn Sie nächstes Mal darüber noch diskutieren möchten, besprechen wir das im Obleutegespräch und machen es dann so. Wenn der Obmann der SPD-Fraktion vorschlägt, dass jetzt gar nicht mehr darüber gesprochen werden soll, dann können wir das auch jetzt beschließen.

Abg. Günter Nooke (CDU/CSU): Die Anträge stehen auf der Tagesordnung. Wenn der Kollege Barthel dazu jetzt aber keine Zeit und keine Lust mehr hat, machen wir das beim nächsten Mal. Das ist völlig in Ordnung. Sie können doch nicht erwarten, dass ich einfach den SPD-Antrag unterschreibe. Die Diskussion, die wir gerade geführt haben, war doch nicht nur unnützes Beiwerk. Die Anträge sind einfach schnell geschrieben worden. Es würde einen besseren Eindruck machen, wenn wir sie uns noch einmal durchlesen würden. Im Übrigen, unter "positiv berichten" verstehe ich, dass wir, wenn wir vom Weltmeister in der Formel 1 sprechen, sagen, dass Schumacher aus Deutschland kommt und nicht eine italienische Automarke nennen. Das ist doch die Schranke im Kopf.

Vorsitzende: Herr Nooke, ich denke, wir sollten das, was wir heute gelernt haben, mit berücksichtigen. Wir dürfen anderen nicht unsere Kultur aufoktrozieren und das machen wir hier jetzt auch nicht. Deswegen sollten wir die Debatte jetzt abschließen. Wir haben die Anträge noch einmal auf der nächsten Tagesordnung. Das wird im nächsten Obleutegespräch besprochen. Die Berichte können wir abschließen und zur Kenntnis nehmen.

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtungen auf den Drucksachen 14/9760 und 15/2258 zur Kenntnis.

Die weitere Beratung der Anträge wird vertagt.

Schluss der Sitzung: 17.50 Uhr

Monika Griefahn, MdB

Vorsitzende